

**Vergleich der  
Wahlprogramme der Parteien  
zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2011  
zu ausgewählten Themengebieten**

**Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung  
Potsdam/Berlin, März 2011**

Bearbeitet von Thomas Volkmann

Verwendete Dokumente:

Chancen ergreifen. Wohlstand sichern. Der Baden-Württemberg-Weg im neuen Jahrzehnt. Regierungsprogramm der CDU Baden-Württemberg zur Landtagswahl 2011

[http://www.cdu-bw.de/uploads/media/Regierungsprogramm\\_Web1.pdf](http://www.cdu-bw.de/uploads/media/Regierungsprogramm_Web1.pdf)

Regierungsprogramm der SPD Baden-Württemberg 2011-2016. Programm der SPD zu den Landtagswahlen am 20. März 2011

<http://www.warumspd.de/cms/regierungsprogramm.pdf>

Vorn bleiben. Erfolgsmodell Baden-Württemberg. Regierungsprogramm der FDP 2011-2016

[http://fdp-bw.de/docs/ltw2011\\_programm\\_web.pdf](http://fdp-bw.de/docs/ltw2011_programm_web.pdf)

Das neue Programm für Baden-Württemberg. Landtagswahlprogramm 2011 Bündnis 90/ Die Grünen

<http://www.gruene-bw.de/fileadmin/gruenebw/dateien/Wahlen2011/Landtagswahlprogramm-web.pdf>

Original sozial – vor und nach der Wahl. Wahlprogramm der Partei Die Linke zur Landtagswahl 2011

[http://dielinke-in-den-landtag.de/wp-content/uploads/pdf/LinkeBW\\_LTW11\\_Langwahlprogramm.pdf](http://dielinke-in-den-landtag.de/wp-content/uploads/pdf/LinkeBW_LTW11_Langwahlprogramm.pdf)

# Wahlprogramme der Parteien in Baden-Württemberg 2011

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Wirtschaft / Mittelstand	<p>Erhalt und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Handwerks, der mittelständischen Industrie und des Handels, der Gastronomie, der freien Berufe und der sonstigen Dienstleistungen; Fortschreibung des Zukunftsprogramms Mittelstand;</p> <p>Unterstützung des Mittelstandes in seiner Innovationsfähigkeit durch Technologietransfer zwischen Forschung und Unternehmen, durch Förderung von Netzwerken und regionalen Clustern sowie durch professionelle Beratung; Ausbau des Instruments der "Innovationsgutscheine"; gesicherte Finanzierung des Mittelstandes; noch intensivere Werbung um ausländische Investitionen;</p>	<p>Gezielte Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere bei der Existenzgründung, bei Liquiditätsengpässen und bei der Entwicklung neuer Technologien;</p> <p>grundsätzliche Ablehnung von Public-Private-Partnership; keine PPP des Landes zulasten des heimischen Handwerks und Mittelstandes;</p> <p>Einrichtung von Forschungshäusern für den Mittelstand als Plattformen, auf denen die Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und Unternehmen Projekt bezogen gestaltet wird;</p> <p>Schaffung eines Tarifreuegesetzes, Unterbindung der Wettbewerbsverzerrung bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen durch unter dem Tarifsatz entlohnte Beschäftigte;</p> <p>Förderung der Selbstständigkeit; verstärkte Finanzierung der "neuen Selbstständigen" mit Mikrokrediten; deutliche Erhöhung des Anteils aus Landesmitteln zur Förderung der Vergabe von Mikrokrediten, damit kleinere unternehmerische Projekte nicht an der Finanzierung scheitern;</p> <p>Einrichtung eines Eigenkapitalfonds mit Mitteln aus den europäischen Strukturfonds;</p> <p>mehr Menschen den Schritt in die Selbstständigkeit ermöglichen;</p>	<p>Ausrichtung weiterhin konsequent an den Bedürfnissen kleiner und mittlerer Unternehmen; Sicherstellung einer angemessenen Unternehmensfinanzierung; kritische Prüfung der Landesbeteiligungen unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten, in geeigneten Fällen Privatisierung; Veräußerung der vom Land erworbenen Anteile der EnBW im Laufe der nächsten Legislaturperiode; Stärkung von Mikrokrediten; Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen, insbesondere einfaches und transparentes Steuerrecht;</p> <p>Fortschreibung des Zukunftsprogramms Mittelstand;</p> <p>Ermöglichung einer Ladenöffnung an Sonntagen unter Rücksicht auf die kirchlichen Feiertage;</p> <p>Stärkung der Innovationsfähigkeit durch Umsetzung der Empfehlungen des Innovationsrates, Unterstützung des Instruments der Innovationsgutscheine, Beschleunigung des Innovationstransfers;</p> <p>Optimierung der Unternehmensbetreuung;</p> <p>Modernisierung des Gaststättengesetzes, Realisierung größtmöglichen Bürokratieabbaus und Verfahrenseffizienz und der Sicherstellung eines hohen Gesundheitsschutzes der Gäste; Weiterentwicklung der außen Wirtschaftsinitiative und der Standortinitiative;</p>	<p>Wirtschaftsförderung und Verwaltung, die GründerInnen fördern und bei der Umsetzung ihrer Ideen unterstützen;</p> <p>Baden-Württemberg zum Gründerland machen; auch verstärkt das Potenzial der so genannten Migrantenökonomie nutzen;</p> <p>Einführung eines Grünen Gründung Beratungsscheins, der bei vom Land akkreditierten Beratungsstellen unter Eigenbeteiligung der Gründer eingelöst werden kann;</p> <p>intelligente Finanzierungshilfen, kleinen Bürgschaften von bis zu 2.000.000 € und Eigenkapitalprogramme der Bürgerschaftsbank und der L.-Bank; Förderung der Entstehung regionaler Gründerinnen Netzwerk;</p> <p>zurückfahren der großzügigen deutschen Bürgschaften, die das Land und der Bund im Zuge der Wirtschaftskrise übernommen haben;</p> <p>umfassende Reform des deutschen Kammerwesens; einheitliche und schlanker Organisationsstruktur der Kammern; Überprüfung einer Reduzierung der regionalen Kammern;</p>	(kein eigenes Kapitel)

# Wahlprogramme der Parteien in Baden-Württemberg 2011

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

<p>Wirtschaft / Mittelstand (Forts.)</p>			<p>Förderung einer Kultur der Selbstständigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft; Erhöhung der Gründungsdynamik, Stärkung der Instrumente zur Förderung der Selbstständigkeit;                  Qualifizierung potentieller Gründerinnen und Gründer im Sinne eines "Unternehmerführerscheins";                  Fortsetzung der Initiative für Existenzgründungen und Unternehmensnachfolge;</p> <p>Public-Private-Partnership: Erhöhung der Anzahl der PPP-Projekte, auch in den Bereichen Hochschul- und Universitätsgebäude, Wasserver- und -entsorgung oder Breitbandausbau;                  Evaluierung der bisher laufenden Projekte; Ausbau der Projektgruppe "PPP-Task Force"; Verbesserung der Rahmenbedingungen für PPP;</p>		
--	--	--	--	--	--

# Wahlprogramme der Parteien in Baden-Württemberg 2011

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Wirtschaft / Strukturpolitik	<p>Erschließung neuer Wachstumsfelder: nachhaltige Mobilität und automobiler Zukunft, Umwelttechnik und Ressourceneffizienz, IT-Systeme und -Dienstleistungen sowie Gesundheit und Pflege; Nutzung dieses Potenzials, damit bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts 500.000 neue Arbeitsplätze entstehen können; noch deutlicherer Zuschnitt der Technologiepolitik auf diese vier Wachstumsfelder;</p> <p>sauberes Wachstum schaffen: mit „Landesstrategie Umwelttechnik und Ressourceneffizienz“ Baden-Württemberg zum führenden Umwelttechnikstandort Europas machen; neues Technologie- und Innovationszentrum Umwelttechnik;</p> <p>weiterer Ausbau des IT-Standorts; Weiterentwicklung des Forschungsverbundes "Unternehmenssoftware Baden-Württemberg";</p> <p>Stärkung des Profils als Medienstandort;</p> <p>Stärkung des Wachstumsbereiches Gesundheitswirtschaft; Stärkung der bestehenden Wachstumskerne;</p>	<p>Aktive Industriepolitik im Dialog mit allen Beteiligten; vier Säulen: Mobilität und Technologie, Information und Kommunikation, Energie und Umwelt sowie Gesundheitstechnik und Medizintechnik;</p> <p>Organisierung einer besseren Abstimmung der Technologieförderung, Bereitstellung einer besseren öffentlichen Finanzierungsstruktur, Vorantreiben einer beherzten Infrastrukturpolitik;</p> <p>Stärkung der Dynamik der Wirtschaft mit verbindlichen umweltpolitischen Zielvorgaben, marktwirtschaftlichen Anreizen, systematischer Unterstützung von Markteinführungen und strategischer Nutzung öffentlicher Vergabeprozesse;</p> <p>Verdoppelung der Wohnraumförderung des Landes auf 100 Mio €; Förderung des Mietwohnungsbaus, insbesondere in Groß- und Hochschulstädten;</p> <p>Ausrichtung der städtebaulichen Förderprogramme auf die Zielsetzungen "Innenentwicklung vor Außenentwicklung";</p>	<p><u>Städtebauförderung:</u> Erhalt auf hohem Niveau; Auswertung der Instrumente der Städtebauförderung und ihrer Wirkungen; vorantreiben der nachhaltigen Neustrukturierung, Umnutzung und Aufbereitung von Brachflächen; Stabilisierung bestehender Gewerbegebiete, bessere Koordinierung und Aufwertung; ganzheitliche ökologische Erneuerung insbesondere durch die Erhöhung der Energieeffizienz im Altbaubestand; Zusammenfassung der Zuständigkeit für alle Städtebauförderprogramme im Wirtschaftsministerium;</p> <p><u>Wohnraumförderung:</u> Abbau von Hindernissen für die Finanzierung und Investitionen bei der Schaffung von Mietwohnungen; Verhinderung von unverhältnismäßigen und kostentreibenden Anforderungen im Wohnungsbau; Schaffung der Möglichkeit, bei energetischen Sanierungen die Mieten unter Berücksichtigung der Einsparung von Energiekosten angemessen anzupassen; Anpassung der öffentlichen Wohnraumförderung an die Rahmenbedingungen und den Bedarf; stärkere Berücksichtigung des Schwerpunkts der Familienförderung; Zusammenführung der bestehenden Förderprogramme für Wohnraum, Städtebau, Denkmalschutz und ländlichen Raum;</p>	<p><u>ökologische Umgestaltung des Industriestandortes:</u></p> <p>Grüner Automobil Standort: Vernetzung der Forschung zu neuen Antriebs- und Energiespeichertechnologien und der Batterieforschung und Voranbringen ihrer Entwicklung; Erweiterung der Ziele der neu gegründeten Landesagentur für Elektromobilität; Entwicklung ökologischer Leitbilder für die Autobranche mit führenden Automobilunternehmen, Gewerkschaften, Umweltgruppen und Verbraucherverbänden; Modellregion für vernetzte Mobilität; zügiger Ausbau der Infrastruktur für Gütertransporte;</p> <p>engere Verzahnung von Maschinenbau und Ressourcen sparenden Technologien;</p> <p>grüne Informationstechnik: Maßnahmen gegen stark streikenden Energieverbrauch für Informationstechnik;</p> <p>Entwicklung zur europäischen Musterregion beim Klimaschutz; Baden-Württemberg zum Vorreiter nachhaltiger Energieversorgung machen; Energie Wende und Festhalten am geschlossenen Atomausstiegfahrplan; (s. Umwelt und Energie)</p> <p>Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit regionaler Dienstleistungen und Wirtschaftskreisläufe; verlässliche Unterstützung der Kommunen durch das Land über das →</p>	<p>Sozial ökologischer Umbau der Wirtschaft; Zukunfts- Investitionsprogramm von 5 Mrd €; Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Rekommunalisierung bereits privatisierter Bereiche, Ausbau des ÖPNV, Verbesserung der Gesundheitsversorgung, Investitionen in Bildung und Soziales; Voranbringen des ökologischen Umbaus, Ausbau von regenerativer Energien und energetischer Gebäudesanierung, Erforschung neuer Technologien; Stärkung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Ausbau von Kindertagesstätten und Horten, Verbesserung der Situation der Erzieherinnen und Erzieher; aktive Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, Ausbildungsplatzgarantie für erwerbslose Jugendliche, Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze im öffentlichen Sektor, Ausbildungsumlage zur Finanzierung neuer Ausbildungsplätze; Umwandlung der Rüstungsproduktion im Land in zivile Produktion; Einrichtung eines Zukunftsfonds von 5 Mrd €, um Betrieben Bürgschaften und günstige Kredite zu gewähren, um Arbeitsplätze zu sichern, andererseits den dringend notwendigen sozial ökologischen Umbau der Wirtschaft voranzutreiben; Verwaltung durch landesweite beziehungsweise jeweils regional zu gründende Wirtschafts- und Sozialräte;</p>

**CDU**

**SPD**

**FDP**

**Grüne**

**Die Linke**

**Wirtschaft/ Strukturpolitik (Forts.)**

Systematischer Anbindung des ländlichen Raums an die schnellen Datennetze; weiteres vorantreiben, gemeinsam mit den Kommunen, sowohl der Grundversorgung als auch des Ausbaus der hoch Leistungs Netze;  
 Garantie der Flächendeckendenstruktur; Erhalt möglichst jeder Grundschule auch an ländlichen Standorten; Programm "Bildung im ländlichen Raum" zur Zukunftssicherung der Schul Angebot auf dem Land;  
 Sicherung der Daseinsvorsorge in den Dörfern; Versorgungseinrichtungen wie Post, Banken, Einkaufsmöglichkeiten, kulturelle Angebote und Verwaltungsdienstleistungen sollen vor Ort vorhanden bleiben; Weiterführung des Entwicklungsprogramms ländlicher Raum nach klaren strategischen Förderschwerpunkten, stärkere Abstimmung mit anderen Förderprogrammen, um eine ganzheitliche Entwicklung des ländlichen Raumes zu garantieren; was Unterstützung innovativer Modelle zur ärztlichen Versorgung in der Fläche, wie zum Beispiel Einrichtung von Arztstationen oder zwei Praxen; gezielte Vorbereitung des Ärzte Nachwuchs auf die Übernahme freiwerdender Landarztpraxen, Schaffung besonderer finanzieller Anreize für Jungmediziner;

Strukturwandel: Stärkung der Wettbewerbskontrolle, um Monopol Tendenzen bzw wettbewerbsfeindlichen Bestrebungen entgegenzutreten;  
 Weiterentwicklung der Forschungs- und Transferinfrastruktur, Vornahme einer Evaluierung der mit Landesmitteln geförderten Forschungseinrichtungen;  
 Entwicklung Baden Württembergs zum Modellland und Leitanbieter automobiler Zukunftstechnologien, zusammen mit Automobilherstellern und Zulieferern;  
 Stärkung der Kreativwirtschaft, beispielsweise Medien- und Filmbranche, als wichtigem Zweig der Unternehmenslandschaft;  
 Erhaltung der Voraussetzungen für die gleichmäßige und hochwertige Entwicklung des Landes durch eine kluge Struktur- und Wirtschaftspolitik; Ausbau des Breitbandnetzes insbesondere im ländlichen Raum; Unterstützung freiwilliger Stadtmarketingkooperationen;  
 Fortschreibung des Landesentwicklungsplans;  
 Weiterentwicklung des Föderalismus in Deutschland zu einem Wettbewerbsföderalismus; Abbau von Mischfinanzierungen; Abschaffung der faktischen Gesetzgebungskompetenzen von Ministerkonferenzen; Steuerhoheit für jede staatliche Ebene; Neugliederung der Länder anstoßen;

← Klimaschutz-Plus-Programm bei der Sanierung ihrer Gebäude; bessere Zusammenarbeit der Bauberufen über die Landesgrenzen hinweg;  
 Programm grüne Stadt: Ausbau des Zentrale-Orte-Prinzips als Zusammenlegung der Infrastruktureinrichtungen wie Lebensmittelversorgung, Verwaltung, Post, Internet, ÖPNV, Ärzte, Kindergärten und Kindertagesstätten sowie Schulen, an einem gut erreichbaren Ort; Unterstützung mobiler Angebote wie mobile Arzt- und Pflegedienste oder Beratungs- und Verkaufsangebote, die die Menschen an ihrem Wohnort mit Waren und Dienstleistungen versorgen;

# Wahlprogramme der Parteien in Baden-Württemberg 2011

**CDU**

**SPD**

**FDP**

**Grüne**

**Die Linke**

**Wirtschaft / Bürokratieabbau**

Weiterentwicklung der Verwaltungsstruktur; Abläufe und Vorgänge in der Verwaltung künftig noch kundenfreundlicher und komfortabler; weitere innovative Lösungen auf den Weg bringen, damit der zeitaufwändige Gang zum Amt immer häufiger durch den bequemen Mausclick ersetzt werden kann;  
Bürokratieabbau; Optimierung der Rechtsetzungsprozesse und Sicherung der Qualität des Rechts; Weiterentwicklung des Ombudsmanns zum "Landesbeauftragten für Bürokratieabbau und gute Rechtssetzung"; Schaffung einer unabhängigen, zentralen und ressortübergreifenden Normenprüfstelle, Stärkung seiner Koordinierungs- und Kontrollfunktion;

Entbürokratisierung und deutliche Vereinfachung und Straffung von Verwaltungsverfahren; Erbringung der bisherigen Aufgaben der Regierungspräsidien auf kommunaler und Landesebene; Aufteilung der Aufgaben sinnvoll zwischen den Bundesministerien, Landkreisen und Gemeinden; Übernahme der Aufgaben von Regierungspräsidien und Landkreisen durch Regionalkreise; mehr Kompetenzen für die kommunale Ebene; Einsatz von Personalkosten für Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch Schülerinnen und Schüler; Beschränkung der Beamtenstellen bei künftigen Neueinstellungen auf den streng hoheitlichen Bereich; Schließung der Lücke in der Versorgungsrücklage;

Bürokratieabbau: Abbau verzichtbar öffentlicher Aufgaben nach sorgfältiger Aufgabenkritik; effizienter und effektiver Bürokratieabbau bei bestehenden und unverzichtbaren Aufgaben; Konzentrierung des Bürokratiekosten TÜV im Wirtschaftsministerium auf wesentliche Fälle und dadurch weitere Entwicklung; deutliche Stärkung der Befugnisse des Beauftragten der Landesregierung für Bürokratieabbau, die Regulierung und Aufgabenabbau; Befristung von Vorschriften; weitere Stärkung von elektronischen Verfahren (e-Government) unter Wahrung des Datenschutzes und der Datensicherheit; Vereinheitlichung rechtlicher Vorschriften, zum Beispiel bei der Definition von Einkommensgrenzen oder Unternehmensgrößen; Ersetzung von Genehmigungsverfahren durch Anmeldeverfahren, wo möglich;

# Wahlprogramme der Parteien in Baden-Württemberg 2011

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Wirtschaft / Arbeitsmarkt	<p>Bestmögliche Betreuung und Förderung für Langzeitarbeitslose; dezentrale, ortsnahe Betreuung direkt in den Städten und Landkreisen;</p> <p>Unterstützung für Projekte der Bürgerarbeit und Kombilohnmodelle;</p> <p>Gleichbehandlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern; gleiche Tätigkeit muss gleich entlohnt werden;</p> <p>Schaffen einer Möglichkeit, länger zu arbeiten mit stufenweisem Ausstieg aus dem Erwerbsleben; Weiterbildung und flexible Arbeitszeitmodelle für ältere Beschäftigte zum Ende des Erwerbslebens;</p> <p>Voranbringen der betrieblichen Weiterbildung in einem Bündnis für lebenslanges Lernen; altersgerechte Arbeitsplätze und Stellenprofile in den Unternehmen; offensives Gesundheitsmanagement, um die körperliche und seelische Leistungsfähigkeit zu erhalten;</p> <p>Gewinn- und Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer;</p> <p>Erhalt der flexiblen Arbeitszeitformen in Form von Arbeitszeitkonten;</p> <p>Leiharbeit als Brücke in den Arbeitsmarkt; Ablehnung einer Ersetzung des Stammpersonals durch Leiharbeiter; Mindestlohn für Leiharbeitnehmer;</p>	<p>Gute Arbeit für alle, von der die Menschen gut leben können; flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 €; gleicher Lohn für gleiche Arbeit; Angebot von Arbeitsmarktprogrammen für Wiedereinsteigerinnen ohne zeitliche oder altersgemäße Beschränkung; Erhalt und weiterer Ausbau der Kontaktstelle "Frau und Beruf"; Einsatz für einen Tarifreuegesetz, dem zufolge öffentliche Aufträge in Zukunft nur noch an faire Unternehmen gehen dürfen;</p> <p>Zurückdrängung prekärer Beschäftigung; Missbrauch in der Leih- und Zeitarbeit stoppen; Gleichstellung von Zeitarbeitern mit den Beschäftigten des jeweiligen Entleiherbetriebes, von der Grundentlohnung über Leistungsprämien und Schichtzuschläge bis zu Betriebsrenten oder Weiterbildung;</p> <p>klare gesetzliche Regelungen bezüglich Bezahlung, Dauer und Ausgestaltung von Praktika, Vergütung mit mindestens 8,50 € pro Stunde, wenn keine tarifvertragliche Regelung ein höheres Entgelt vorsieht;</p> <p>Stärkung der Mitbestimmung; Schaffung eines Personalvertretungsrechts, das tatsächlich Mitbestimmung gewährleistet und über das Personalvertretungsrecht hinausgeht;</p>	<p>Bekämpfung des Fachkräftemangels: Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung; Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von älteren Personen, von Frauen und von Personen mit Migrationshintergrund; bessere Integration von Menschen mit Behinderung; Erleichterung der Zuwanderung von hoch qualifizierten Arbeitskräften; Absenkung der Einkommensgrenze für die Niederlassungserlaubnis ausländischer Arbeitskräfte auf 40.000 €, Modernisierung des Zuwanderungsrechts anhand eines Punktesystems; Erleichterung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle im Land für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen; Erhöhung des Interesses für technische Berufe und Steigerung der Absolventenzahl; Verringerung der Steuer- und Abgabenbelastung; Vernetzung und Stärkung von Stellenbörsen und Fachkräftemarketing; Schaffung von optimalen Rahmenbedingungen, um Abwanderung von Fachkräften entgegenzuwirken;</p>	<p>Gute Arbeit, gerechtere Chancenverteilung beim Zugang zum Arbeitsmarkt, bessere Qualifizierung; Qualifizierungsoffensive; berufliche Weiterbildung als fester Bestandteil des Erwerbslebens; Weiterbildungsangebote müssen für alle zugänglich und finanzierbar sein;</p> <p>verstärkte Anerkennung im Ausland bereits erworbener Abschlüsse von Migrantinnen und Migranten und bei Bedarf Anpassung an den deutschen Arbeitsmarkt durch Weiterbildung; Förderung berufsbezogener Sprachkurse;</p> <p>mehr allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge, um ein Abrutschen der Löhne und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu verhindern; gesetzlicher Mindestlohn, der von einer Mindestlohn-Kommission nach britischem Vorbild festgelegt wird; branchenspezifische Mindestlöhne, insbesondere mit Blick auf die vollständige Freizügigkeit für EU-Bürger ab 2011;</p> <p>Einführung eines progressiven Modells, wonach die Lohnnebenkosten sukzessive mit dem Einkommen steigen; Sozialabgaben in voller Höhe aber erst ab einem Einkommen von 2000 € brutto;</p> <p>Erschwerung der Befristung und Abschaffung der Ausnahmeregeln zur sachgrundlosen Befristung; Leiharbeit nur als zeitlich begrenztes Mittel zur Überbrückung →</p>	<p>Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 10 €;</p> <p>Sozialversicherungspflicht für jede Art der Erwerbsarbeit;</p> <p>Verbot von Ein-Euro-Jobs;</p> <p>Abschaffung der Leiharbeit;</p> <p>Verbesserung des Kündigungsschutzes, Beschränkung von Befristungen auf Ausnahmen;</p> <p>Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit;</p>

**CDU**

**SPD**

**FDP**

**Grüne**

**Die Linke**

**Wirtschaft / Arbeitsmarkt (Forts.)**

Weiterentwicklung und Intensivierung des externen Ausbildungsmanagements durch ein Ausbildungsbündnis mit Wirtschaft, Arbeitsagentur und Kommunen; Fortsetzung der Förderung der „Qualifizierungsoffensive“ und der Anstrengungen kleiner und mittlerer Unternehmen bei ihren Investitionen im Aus- und Weiterbildung; Einführung des Modells der Bildungsfreistellung als Instrument zur Stärkung der Weiterbildung; Ausbau der Fort- und Weiterbildung im Verbund mit Schulen, Hochschulen und dualer Berufsausbildung; vor der Anwerbung ausländischer Fachkräfte zunächst Erschließung aller Potenziale im Land; Erleichterung des Zugangs ausländischer Absolventen unserer Hochschulen zum hiesigen Arbeitsmarkt; Verlängerung der Höchstdauer der Arbeitsplatzsuche für erfolgreiche ausländische Studenten von einem auf zwei Jahre; Senkung der Einkommensgrenzen für hoch qualifizierte Einwanderer; Erleichterung der beruflichen Eingliederung von ausländischen Spitzenfachkräften, die in ihrem Heimatland einen Abschluss im technischen oder naturwissenschaftlichen Bereich erworben haben; stärkere Qualifizierung und Beteiligung am Arbeitsmarkt von Migranten, die schon heute hier leben;

Verwirklichung eines echten sozialen Arbeitsmarktes, Schaffung von sozialversicherungspflichtiger und tariflich entlohnter Arbeit im öffentlichen Sektor; weitere Förderung und Qualifizierung von Menschen in öffentlicher Beschäftigung; Einführung einer Ausbildungsgarantie im ganzen Land, Sicherung eines Anspruchs auf Weiterbildung und Anerkennung ihrer Qualifikationen für alle An- und Ungelernten; Ergreifen von Maßnahmen, um das Fachkräfteangebot im Land zu erhöhen; berufsbegleitende Fortbildung, Erhöhung des allgemeinen Bildungsniveaus, Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gezielte Förderung der Zuwanderung; Etablierung eines systematischen Fachkräfte-Monitoring;

← großer Schwankungen in Unternehmen; keine Ersetzung von Stammarbeitskräften durch Zeitarbeitnehmer; gesetzliche Untersagung der konzerninterne gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung; Einrichtung von Branchenfonds zur Finanzierung von Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Zeitarbeitskräfte; Erhöhung der Regelsätze beim Arbeitslosengeld II und beim Sozialgeld; Beibehaltung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger, Ablehnung einer Streichung des Elterngeldes und der Rentenversicherungsbeiträge; Schaffung eines verlässlichen Zweiten Arbeitsmarktes, der langzeitarbeitslosen Menschen eine Perspektive gibt; Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, von denen die Gesellschaft profitiert, die aber nicht in Konkurrenz zur Privatwirtschaft stehen; eigenständiges Beschäftigtendatenschutzgesetz; Bekämpfung der Lohndiskriminierung; geschlechtergerechte Tarifpolitik; gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit; Erleichterung des Wiedereinstiegs in den Arbeitsmarkt für Frauen; Ausbau von Bildungsangeboten, die die spezielle Lebenssituation von Frauen berücksichtigen;



# Wahlprogramme der Parteien in Baden-Württemberg 2011

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Wirtschaft / Innovation und Forschung</b>	<p>Verstärkung der strategischen Forschungsförderung des Landes gezielt in den zentralen Wachstumsfeldern nachhaltige Mobilität, Umwelttechnologie und Ressourceneffizienz, Gesundheit und Pflege sowie IT-Systeme und -Dienstleistungen;</p> <p>konsequente Umsetzung der innovationspolitischen Vorschläge des Innovationsrats der Landesregierung;</p> <p>weiterer Ausbau des Technologietransfers; Bündelung der Informationen, Verbindung von Akteuren in einer einheitlichen Kommunikationsplattform für den Technologietransfer und Ausbau zu einer leistungsfähigen Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft;</p> <p>Verkleinerung der Lücke zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und kommerziell verwertbarem Produkt mit einem Förderprogramm für die Hochschulen; Unterstützung der Weiterentwicklung von Forschungsergebnissen zu technischen Prototypen;</p> <p>Unterstützung des Staubs von Neugründungen mit einem neuen Wagniskapital vor; noch konsequentere Abbau von bürokratischen Hindernissen für Neugründungen und Neuansiedlungen;</p> <p>Ausbau der zielgerichteten Förderung des Programms "Junge Innovatoren";</p>	<p>Baden-Württemberg zum Lehr- und Forschungsstandort Nummer eins in Europa machen;</p> <p>Einsatz für ein sorgsam austariertes Gleichgewicht zwischen Forschung und Lehre;</p> <p>stärkere Förderung der Grundlagenforschung;</p> <p>Zusammenführung von Wirtschaft und Wissenschaft mit Forschungshäusern für den Mittelstand;</p>	<p>Forschungsinfrastruktur insbesondere im Bereich der Wirtschaftsnahenforschung auf hohem Niveau halten; kraftvolle Fortführung der Innovationsoffensive zur baulichen Sanierung und Erweiterung sowie Modernisierung der apparativen Ausstattung der Einrichtungen;</p> <p>Aufrechterhaltung der Finanzierung der Institute der Innovationsallianz; externe Evaluierung der Arbeit der Forschungseinrichtungen;</p> <p>weitere Steigerung der Innovationsfähigkeit von KMU entsprechend den Vorgaben des Mittelstandsgesetzes; nachhaltige Umsetzung der Empfehlungen des Innovationsrats für die Verstärkung der Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft;</p> <p>verstärkte steuerliche Berücksichtigung von Aufwendungen für Forschung und Entwicklung; organisatorische Straffung der Landeseinrichtungen zur Betreuung einzelner Branchen; nachfrageorientierter Einsatz des Programms der Innovationsgutscheine; Stärkung interdisziplinärer Formen der Zusammenarbeit, Kooperations- und Verbundprojekte; Verknüpfung regionaler Cluster-Initiativen; Fortschreibung des Cluster-Atlas;</p>	<p>(kein eigenes Kapitel, s. Bildung/Hochschulen u.a.)</p>	

# Wahlprogramme der Parteien in Baden-Württemberg 2011

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Wirtschaft / Tourismus</b>	<p>Weiterhin verlässliche Förderung des Tourismus;</p>	<p>Keine weitere Reduzierung der Investitionen in Heilbäder und Kurorte, dauerhafte Sicherung der Fremdenverkehrspauschale für Kurorte, bezogen auf die Übernachtungszahlen; Stärkung des Regionalgedankens im Tourismus;</p>	<p>Kraftvolle Umsetzung des neuen Tourismuskonzepts, Voranbringen des Ausbaus der touristischen Infrastruktur; weiterer Ausbau des barrierefreien touristischen Angebots; schwerpunktmäßige Förderung touristischer Angebote im Bereich "Wellness und Gesundheit"; noch stärkere Erschließung des Potenzials der Bereiche landschaftliche Schönheit und Naturtourismus; Rad- und Wandertourismus, kulturelle Traditionen und Attraktionen sowie Genießerland Baden-Württemberg; Unterstützung des Tourismusmarketings auf der Ebene des gesamten Landes sowie der großen regionalen Landschaftsmarken; Schärfung des Profils des so genannten "Industrietourismus";</p>	<p>Reisen muss stärker als bisher in Einklang mit der natürlichen und sozialen Umwelt gebracht werden; zukunftsfähige Tourismuspolitik, die sich an den Prinzipien der Nachhaltigkeit und der ethischen Verantwortung orientiert; Einrichtung eines Nationalparks und eines zweiten Biosphärengebiets, bessere Ausstattung des bereits bestehenden Biosphärengebiets und der Naturparks und effektive Nutzung dieser Instrumente für die Tourismusförderung sowie professionelles Landschaftsmarketing; sanfter Tourismus im zeitgemäßen Gewand; Ausgestaltung der Tourismusförderung nach ökologischen Kriterien;</p>	<p>Leitbild eines sozial gerechten, barrierefreien, ökologisch sanften und Ressourcen schonenden Tourismus; weitere Entwicklung des Fahrrad-, Wanderer-, Wasser- und Reittourismus; Schutz der Beschäftigten der Tourismusbranche vor Lohndumping durch Tarif- und Mindestlöhne und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse; Schaffung von mehr Möglichkeiten, dass auch Menschen mit niedrigem Einkommen Reise- und Erholungsmöglichkeiten nutzen können;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Bildung / Schule</b>	<p>Beste Bildung für jedes Kind: Aufstieg durch Bildung muss für alle möglich sein; Halbierung der Schulabbrecherquote in den nächsten Jahren; konsequente Umsetzung der Empfehlungen des Expertenrats zur Entkoppelung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft; Weitere Stärkung der Durchlässigkeit zwischen den Schularten; deutlicher Ausbau des Angebots der beruflichen Gymnasien mit 100 zusätzlichen Klassen und bis zu 17 neuen Standorten; Umsetzung der Impulse aus der Arbeit der Enquetekommission "Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung" des Landtags; Stärkung von Bildung und Erziehung in den frühen Lebensjahren gemeinsam mit den Eltern; Verstärkung der Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule; flächendeckender Ausbau der Bildungshäuser in der nächsten Wahlperiode; Vorlage eines Gesamtkonzepts "Frühkindliche Bildung", das die erfolgreichen Ansätze und Erfahrungen mit dem Orientierungsplan im Kindergarten und aus dem Projekt "Schulreifes Kind" bündelt; höchste Priorität für Investitionen in Bildung und Ausbildung; Erhalt aller Lehrerstellen auch bei Rückgang der Schülerzahlen; stetige Verbesserung des Unterrichts; Sicherstellung, dass jede Schule →</p>	<p>Schrittweise Einführung der zehnjährigen Gemeinschaftsschule; da anschließend eine gymnasiale Oberstufe, die zum Abitur führt; Unterstützung der Kommunen, innovative Schulkonzepte umzusetzen, die zur Situation vor Ort passen; Angebot eines Realschulabschlusses an jeder Hauptschule bis 2016; Abschaffung der grundschul Empfehlung; Eltern sollen nach ausführlicher pädagogischer Beratung selbst entscheiden dürfen, welche weiterführende Schule ihr Kind besuchen wird; gesetzliche Verankerung der Ganztagschule als Schulform, flächendeckendes Angebot und Zurverfügungstellung der notwendigen pädagogischen Fachkräfte; Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen, damit schulenindividuelle Modellepass genau für den Standort entwickeln können; Verbesserung des Zahlenverhältnisses von Lehrkräften zu Schülerinnen und Schülern; Aufwertung der Schulkonferenz durch eine Drittelparität; Beratung und Unterstützung der Schüler durch ausgebildete Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an allen Schultypen als fester Bestandteil schulischen Lebens; anteilige Finanzierung als Landesaufgabe; Förderung des auf- und Ausbaus von kommunalen →</p>	<p>Weiterentwicklung der staatlichen Schulen; Stärkung der Eigenständigkeit der Schulen durch ein vom Land zugewiesenes Budget, durch Personalauswahl durch die Schulen und Übertragung der Personalhoheit; Recht zur Schulleiterwahl; Gewährleistung von stärkerer Autonomie der einzelnen Schule, auch durch erleichterte Anwerbung von Drittmitteln mit Zustimmung der Schulkonferenz; Schaffung von mehr Beförderungsmöglichkeiten für alle Schularten; Verzicht auf eine Verbeamtung bei Neueinstellungen von Lehrkräften, aber nicht als baden-württembergischer Alleingang; weiterer Abbau des Beförderungstaus bei fachlichen und technischen Lehrkräften; Möglichkeit eines Quereinstiegs in den Lehrerberuf über die dringend benötigten MINT-Fächer hinaus, Eröffnung von Wegen der pädagogisch-schulpraktischen Nachqualifizierung; Förderung der Elternarbeit, Schaffung von gezielten Angeboten für Eltern mit Migrationshintergrund; Stärkung der Mitverantwortung der Eltern, Gewährung weitergehender Mitentscheidungsmöglichkeiten für die demokratisch gewählte Schülermitverwaltung in einer paritätisch besetzten Schulkonferenz; Abschaffung jeglicher →</p>	<p>Sozialgerechtes Schulsystem, das Individualität und Leistung jedes Kindes fördert; Auflösung von Blockaden für Schulentwicklung, offene Bildungswege ohne Barrieren; Schulentwicklung von unten; Novelle des Schulgesetzes mit mehr Verantwortung der Kommunen für Schulen, Schulstruktur und Neuordnung der Schulstandorte; Wahl der Schulleitungen auf Zeit von den kommunalen Gremien auf Basis der Voten von Schulkonferenz und Schulverwaltung; konsequente Evaluation der Schulen durch das Land; Schaffung von Anreizen für innovative Schulentwicklung; Fortbildungs- und Innovationsbudget zur Unterstützung der Teamentwicklung der Schulen und für die Erarbeitung neuer Kompetenz- und Lernkonzepte; Aufhebung von Selektionsinstrumenten wie Versetzung und Noten; Festlegung der maximalen Klassengröße auf 25 Schüler; Einrichtungen der Basisschule als Gemeinschaftsschule für alle Kinder; aufbauend auf einer oder mehreren vierjährigen Grundschulen; umfasst alle Bildungsgänge der Sekundarstufe I und führt nach dem 10. Schuljahr zu einem differenzierten mittleren Bildungsabschluss; Verankerung der Basisschule im Schulgesetz; →</p>	<p>Mehr Lehrerinnen und Lehrer und eine echte Krankheitsreserve von mindestens 5 %; vom Land finanzierte Ausstattung der Berufsschulen, die mit der technologischen Entwicklung Schritt hält; neue Förderstruktur durch individuelle Förderpläne und Schulsozialarbeit; Fremdsprachenunterricht auch für alle Teilzeitschüler; Rechtsanspruch auf einen Platz an einem wohnortnahen beruflichen Gymnasium; Inklusive Gemeinschaftsschule, in der alle Schülerinnen und Schüler, auch mit Lern-, Körper-, Sinnes- und psychischen (sozialen) Behinderungen bis zum 10. Schuljahr gemeinsam ohne Noten und Selektionsdruck lernen, Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagschule; Verankerung der Ganztagschule als Regelschulform im Schulgesetz; alle Schulen, die Ganztagschule werden wollen, erhalten vom Land die nötigen finanziellen Mittel für Umbau und Personal; gebührenfreies Mittagessen in Ganztagschulen und Kitas; gebührenfreie Betreuungsangebote vor und nach dem Unterricht; Übernahme der Schülerbeförderungskosten durch Schulträger und Land; Unentgeltlichkeit von Lernmitteln und allen Angeboten einer Ganztagschule;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Bildung / Schule (Forts.)</b>	<p>← so viele Lehrer bekommt, wie sie für ihre pädagogische Aufgabenstellung braucht; flexibles Stellen- und Finanzbudget für die Schulen, das sich an ihrem konkreten Bedarf orientiert; künftig passgenauere Ausstattung mit Lehrern und Mitteln für Schulen mit besonderen Herausforderungen und Schulen mit besonderen qualitativen Lösungsansätzen; Entlastungen der Schülerinnen und Schüler im Rahmen des achtjährigen Gymnasiums durch tatsächliche Reduzierung des Lernstoffs mit weniger Pflichtstunden und mehr individueller Förderung; vollständige Sicherung der Unterrichtsversorgung an allen Schular-ten; Grundschulen sollen auch auf dem Dorf Bestand haben; Schulangebo-te auf dem Land mit einem Pro-gramm "Bildung im ländlichen Raum" gezielt zukunftssicher ma-chen; Stärkung von Schulstandor-ten durch die Einrichtung von Bildungshäusern in enger Partner-schaft mit den Schulträgern; weiterer Ausbau von Ganztagsan-geboten, insbesondere an den Grundschulen; Verankerung der Ganztags-schulen im Schulgesetz; jede Schule, die Ganztagschulen werden will, darf dies werden; Entscheidung, ob das Kind ein Ganztagsangebot wahrnimmt, allein bei den Eltern;</p>	<p>"Unterstützungssystem Schule"; individuelle Bildungskonzepte mit überdurchschnittlichem Ressour-cenaufwand für die Bildung von Kindern und Jugendlichen an "so-zialen Brennpunktschulen"; Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte, um die Unterrichtsversorgung zu verbessern; Erhöhung der Zahl der Vertretungen bei krankheitsbedin-gten Unterrichtsausfällen um ein Drittel; Ermöglichung für die Schulen, innerhalb des achtjährigen Gymna-siums einen parallelen G9-Zug einzurichten, mit Wahlfreiheit für die Eltern; finanzielle Entlastung der Eltern, Lernmittelfreiheit als wichtiges Element der Chancengleichheit im Bildungswesen; bezahlbares Mittagessen, Begren-zung des Eigenanteils auf 1€ Regelung des Rechtes der Kinder auf ein inklusive des Bildungssys-tems im Schulgesetz; Wahlrechts für Eltern von Kindern mit Behin-derungen; Weiterbildung von Re-gelschullehrerkräften für den Un-terricht in heterogenen Gruppen und mit Menschen mit Behinde-rungen; Aufnahme von Ethikunterricht ab Klassenstufe eins in den Lehrplan; Erteilung von islamischem Religi-onsunterricht an deutschen Schu-len von an deutschen Hochschulen ausgebildeten Religionslehrern;</p>	<p>← Ortsbeschränkung bei der Wahl der Schule, insbesondere der Schulbezirke; Weiterer Ausbau der Ganztages-betreuung; Möglichkeit für alle Schulen, Ganztages-schulen zu werden, wenn die Verantwortli-chen vor Ort dies wünschen; Ver-stärkung der Berufsorientierung und Berufsberatung an den allge-meinbildenden Schulen, Förderung der Zusammenarbeit der Schulen mit der Wirtschaft; Förderung der Schulpsychologie, der Schulsozialarbeit, der Vertrau-enslehrertätigkeit sowie von Pro-jekten zur Gewaltprävention und zum verantwortungsvollen Um-gang mit neuen Medien; Evaluierung der Fächerverbünde und Auflösung nicht zusammen-gehöriger Fächerverbünde; Ermöglichung des Angebots von Ethik an allgemeinbildenden Schu-len bereits ab Klasse fünf; Förderung von Schulen mit Initia-tiven zum gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behin-derungen, Schaffung von Angebo-ten in jedem Schulamtbezirk; ver-stärkte Integrierung sonderpädago-gischer Inhalte bei der allgemeinen Lehrerbildung; stärkerer Schwerpunkt auf Erwerb und Vermittlung von interkulturel-ler und medienpädagogischer Kompetenz in der Lehrerausbil-dung;</p>	<p>← Weiterentwicklung von jährlich 10 % der weiterführenden Schulen zu Basisschulen; Abschaffung der Grundschulemp-fehlung, Ersetzung durch eine qualifizierte Beratung der Eltern; bessere Lernbedingungen durch kleinere Klassen und Differenzie-rungskontingente an allen beste-henden Schularten; Möglichkeit der Weiterentwicklung zu einer offenen oder gebundenen Ganz-tagsschulen für jede Schule; achtjähriges Gymnasium weiterhin als Regelform; Möglichkeit für die Gymnasien, entweder ein Brücken-jahr nach der 9. Klasse einzurich-ten oder zwei Geschwindigkeiten in der Unter- und Mittelstufe bis zur mittleren Reife zuzulassen; Ermöglichung eines 10. Schuljah-res für alle Hauptschüler zum Er-werb der mittleren Reife, ohne Notenhürde nach der 9. Klasse; Möglichkeit für Realschulen, bei entsprechender Nachfrage eine zweite Fremdsprache ab der fünf-ten Klasse anzubieten; Insgesamt bessere berufliche Vor-bereitung an allen weiterführenden Schulen; Förderprogramm zur gezielten Anwerbung von Lehrkräften mit Migrationshintergrund oder aka-demisch ausgebildeten Querein-steigern mit berufsbegleitender didaktischer und pädagogischer Ausbildung;</p>	<p>Wohnortnahe Gemeinschaftsschu-le; jede Kommune kann weiterfüh-rende Schulen bei einer Mindest-größe zu einer Gemeinschaftsschu-le erklären; Ablehnung einer Privatisierung von Bildung; Kündigung des Kooperationsver-trages zwischen Kultusministerium und Bundeswehr, generelles Ver-bot von Bundeswehrvertretern in Schulen und in der Lehreraus- und fortbildung; Ausbildung der Lehrkräfte muss gleichwertig sein; Förderung von Lehramtsstudenten mit Migrati-onshintergrund; Verstetigung der Lehrereinstellung, um der Überal-terung der Lehrkräfte entgegenzu-wirken; Ergänzung der pädagogischen Arbeit an allen Schulen durch So-zialarbeiter und Psychologen; Finanzierungsoffensive für Schul-ausbau und Schulsanierungen unter Beteiligung des Landes und des Bundes; Ethik in allen Schularten, Schulen und Klassenstufen als gleichwertige Wahlfach; Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Ersetzung des Notensystems durch individu-elle Förderpläne und Rückmeldun-gen in der Grundschule; bis Klasse 10 Klassenverbände mit höchstens 20 Schülern;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Bildung / Schule (Forts.)</b>	<p>Auflegen eines Programms zur Stärkung der Realschule, in dem das besondere Gewicht dieser Schulart für die Anschlussfähigkeit und damit für die Qualität des Bildungssystems insgesamt zum Ausdruck kommt;</p> <p>Ausbau des Angebots an Pädagogischen Assistenten an den Schulen des Landes; Schaffung eines leistungsfähigen Kompetenzzentrums für Schulpsychologie;</p> <p>Schaffung von Anreizen, dass sich die besten Bewerber für den Lehrerberuf entscheiden; Leitungsfunktionen in der Schule attraktiver machen, Aufstiegsmöglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer weiter verbessern; Beschäftigungsverhältnisse der Lehrerinnen und Lehrer so anlegen, dass sich niemand während der Sommerferien arbeitslos melden muss;</p> <p>passgenauer Ausbau Inklusiver Bildungsangebote zum Wohl des einzelnen Kindes und entsprechend den Erziehungsplänen der Eltern; Bekenntnis zu den Sonderschulen des Landes, Unterstützung der Weiterentwicklung dieser Schulen zu sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren;</p> <p>Förderung von Schulen in freier Trägerschaft; solide finanzielle Unterstützung; Garantie einer finanziellen Förderung, mit der das notwendige Schulgeld für alle bezahlbar bleibt; Verständigung →</p>		<p>Auflösung der Kultusministerkonferenz, Stärkung der Entscheidungskompetenz der Landtage; Angemessene staatliche Förderung für Schulen in freier Trägerschaft; Heraufsetzung des staatlichen Zuschusses auf 80 % der Bruttokosten; Aufstellung eines verbindlichen Zeitplans mit Stufen zum Erreichen der 80 %-Zielmarke; Erleichterung der Neugründung von Schulen in freier Trägerschaft;</p> <p>Frühkindliche Bildung: Spracherhebung eines jeden Kindes noch vor dem vierten Geburtstag; Weiterentwicklung der bereits eingeführten Sprachstandserhebungen im Rahmen der vorgezogenen Einschulungsuntersuchung; flächendeckende Umsetzung des Orientierungsplans für den Kindergarten, Sicherstellung der dafür notwendigen Personalausstattung; aktive Einbeziehung der Eltern in die Fördermaßnahmen für ihre Kinder;</p> <p>Förderung von Kooperationen zwischen den Einrichtungen mit dem Ziel eines flexibleren und besser abgestimmten Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule;</p> <p>Entwicklung eines Modells mit Gutscheinen, die die Eltern für ihre Kinder flexibel einlösen können; ausreichende Zahl an Ausbildungs- und Studienplätzen →</p>	<p>Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagschule; Ganztagschule als Regelform im Schulgesetz; rascher Ausbau; rhythmisierte Ganztagschule, in der Unterricht, Lernzeit, Arbeitsgemeinschaften sowie Freizeit- und Bildungsangebote sinnvoll über den Schulalltag verteilt sind; enge Kooperation mit außerschulischer Jugendbildung; qualitativ hochwertiges Schulmittagessen aus vorwiegend regionaler und biologischer Erzeugung; schrittweise Einführung eines inklusiven Bildungssystems; sofortige Abschaffung der Sonderschulpflicht; uneingeschränktes Wahlrechts der Eltern behinderter Kinder zwischen Regelschule oder Sonderschule, Verankerung im Schulgesetz;</p> <p>schrittweise Einführung einer heil- und sonderpädagogischen Grundausstattung an den Regelschulen;</p> <p>Integrierung der gesamten Förderung, die heute an den Förderschulen für Lernbehinderte sowie den Sprachheilschule stattfindet, in die Regelschulen;</p> <p>schrittweise Einführung von Schulsozialarbeit an jeder weiterführenden Schule; deutliche Aufstockung der Anzahl der Schulpsychologen;</p> <p>Sicherstellung der Unterrichtsversorgung, Verbesserung der Lernbedingungen; Reduzierung des Unterrichtsdefizits insbesondere →</p>	<p>Inklusiver Unterricht mit kleineren Klassen und sonderpädagogischer Unterstützung;</p> <p>10. Schuljahr für alle Haupt- und Werkrealschüler, damit die Chancen der Schwächeren auf eine Berufsausbildung verbessert werden;</p> <p>Einführung einer Inklusiven Gemeinschaftsschule mit gemeinsamem Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler bis einschließlich zur 10. Klasse; Ersetzung der bisherigen Sekundarstufe II durch die Einrichtung von Oberstufenzentren, in denen die bestehenden gymnasialen Oberstufen zusammengefasst werden; und</p> <p>Rücknahme der Schulzeitverkürzung an den Gymnasien (G8);</p> <p>Rechtsanspruch auf Aufnahme in ein berufliches Gymnasium für alle Absolventen mit einem Mittleren Bildungsabschluss;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Bildung / Schule (Forts.)</b>	<p>← bis zum Ende 2011 mit den Verbänden und Trägern der Schulen in freier Trägerschaft über die Grundlagen der Finanzierung dieser Schulen;</p> <p>Fortsetzung des „Bündnis für die Jugend“ zwischen dem Land und den Trägern der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit; flächendeckende Umsetzung der Bildungsregionen;</p>		<p>← Weiterqualifizierungsmöglichkeiten an den Fachschulen für Erzieherinnen und an den pädagogischen Hochschulen; Abschaffung der nur noch für die Grundschulen geltenden Schulbezirke, freie Wahl der Grundschule; umfassende Evaluierung des Fremdsprachenunterrichts an der Grundschule; grundsätzliches Festhalten an der vierjährigen Grundschulzeit, aber Zulassung regionaler Projekte, die flexiblere Übergangszeiten in weiterführende Schulen oder längere Grundschulzeiten für alle Schüler oder integrative Formen im weiterführenden Schulwesen vorsehen;</p> <p><u>Weiterführende Bildung:</u> Einräumung des Rechts für jede weiterführende Schule, auf Wunsch der Eltern ein Kind ohne zureichende Empfehlung aufzunehmen, wenn die Lehrerkonferenz zu der Überzeugung gelangt, den Erfolg des Kindes in dieser Schule bis zum Abschlussziel der Schulart fördern zu können; flexible Handhabung der Umsetzung der neuen Werkrealschule im Sinn einer Weiterentwicklungsmöglichkeit für alle Hauptschulen; Weiterentwicklung des Modellversuchs zur Kooperation von Haupt- und Realschulen; Erweiterung über die Klassen fünf und sechs hinaus und Öffnung für eine →</p>	<p>← an den beruflichen Schulen und den Sonderschulen, Abbau der Überstunden an den beruflichen Schulen und Gymnasien; Erhöhung der Krankheitsreserve; Reform der Lehramtsausbildung; Verbindung der fachwissenschaftlichen Stärke der heutigen Ausbildung an den Universitäten, der didaktisch-pädagogischen Stärke der Ausbildung an den pädagogischen Hochschulen und der Praxisnähe der Studienseminare; Abschluss als „Master of Education“; Anhebung der Eingangsbesoldung für Fachlehrer und technische Lehrer; Beschränkung des Beamtenstatus auf hoheitliche Aufgaben, Wegfall der Staatsexamina; Stärkung des Werte vermittelnden Unterrichts; Ethik und Religion als Wahlpflichtfächer;</p> <p>Stärkung freier Schulen, Verhinderung der Kommerzialisierung; Umsetzung der gerechten Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft in den nächsten beiden Haushaltsjahren; Kostendeckungsgrad von mindestens 80 % der Kosten eines Schülers an den staatlichen Schulen, Beteiligung an den Investitionskosten sowie Angemessener rückwirkender Ausgleich; aber: dem wachsenden Trend zu Schulgründungen kommerzieller Träger entgegenwirken;</p>	

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

<b>Bildung / Schule (Forts.)</b>			<p>← Kooperation mit den neuen Werkrealschulen;                  Sicherung und Förderung von Realschule und Realabschluss in ihrem Bestand;                  Erleichterung des Wechsels eines Schülers von anderen Schularten auf das Gymnasium bei entsprechenden Leistungen;                  Schaffung von mehr Möglichkeiten für individuelle Schwerpunktsetzungen in der gymnasialen Oberstufe;                  stärkere Berücksichtigung unterschiedlicher Lerngeschwindigkeiten im Schulalltag; Ausbau der Möglichkeiten für unterstützenden Unterricht, ergänzende Kurse im Ganztagschulebetrieb;</p>		
----------------------------------	--	--	--	--	--

Bildung / Berufliche Bildung	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
		<p>Anstreben einer Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung; gleiche Ressourcenausstattung durch zusätzliche Lehrkräfte sowie Möglichkeit zu Ganztagsangeboten für berufliche Schulen;</p> <p>berufliche Schulen eigenständiger machen, damit sie sich auf Wunsch zu regionalen Berufsbildungszentren für die Aus-, Fort- und Weiterbildung entwickeln können;</p> <p>Erhalt, Stärkung und Weiterentwicklung des dualen Systems der Berufsausbildung; Unternehmen, die keine Ausbildungsplätze schaffen, sollen eine Umlage bezahlen, aus der sinnvolle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen finanziert und hinsichtlich ihrer Ausbildungsbilanz vorbildliche Unternehmen unterstützt werden;</p> <p>Sorge dafür, dass besonders im Herbst 2012 mehr Plätze an beruflichen Gymnasien und Berufskollegs sowie allgemein mehr Ausbildungsplätze bereitstehen;</p> <p>duale Ausbildung grundsätzlich attraktiver machen; Aufzeigen von Karrierewegen nach der Erstausbildung; Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Zugang zu einem beruflichen Gymnasium für alle Schülerinnen und Schüler, die die notwendigen Voraussetzungen erfüllen;</p>	<p>Fortführung des „Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung“ zwischen Wirtschaft und Staat; Englisch in der Berufsschule als Pflichtfach; Sicherung der hohen Qualität der Kammerprüfung durch Multiplikatorenschulungen für ehrenamtliche Prüfer; Weiterentwicklung des Angebots an geordneten Zusatzqualifikationen in der Berufsschule; Ermöglichung des Erwerbs von Zusatzqualifikationen im Rahmen der Fachkursförderung; Förderung von Angeboten für betriebliche Praktika schon während der Ausbildung; Etablierung von Innovationsprogrammen zur Anhebung der Ausbildungsqualität;</p> <p>bedarfsgerechter Ausbau zweijähriger Berufe sowie Gewährleistung der Anschlussfähigkeit an grundständige 3,5-jährige Berufe; Gewährleistung der Finanzierung von Zuschüssen an Auszubildende in so genannten Splitterberufen; bedarfsorientierte Weiterentwicklung der Förderung von Ausbildungsplätzen für benachteiligte Jugendliche; Anpassung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, dass es sich stärker an der betrieblichen Praxis orientiert;</p> <p>Stärkung der Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen zur Verbesserung der Ausbildungsreife; Öffnung der Kooperation der Werkrealschule mit den →</p>	<p>Umfassende Reform der dualen Ausbildung; Verwirklichung des Rechts auf Ausbildung, allen jungen Menschen muss der Zugang zu einer praxisnahen Ausbildung offen stehen;</p> <p>Ausbau der beruflichen Vollzeitschulen, insbesondere der beruflichen Gymnasien, dass alle bildungswilligen jungen Menschen, die die Aufnahmevoraussetzungen erfüllen, einen Rechtsanspruch auf einen Schulplatz erhalten; Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu Ganztagschulen, Ausstattung mit Schulsozialarbeitstellen; Schaffung durchlässiger Übergänge des beruflichen Bildungssystems zum Hochschulbereich;</p>	<p>Recht auf Ausbildung; Bekenntnis zur dualen Ausbildung mit einer Dauer von 3-4 Jahren; festgelegte Quotierung zwischen Auszubildenden und Ausbildern; Festlegung der Quoten für die einzelnen Branchen von Gewerkschaften und Unternehmen; Verpflichtung eines jeden Ausbildungsbetriebs, dass Ausbildungspersonal regelmäßig berufsfachlich und pädagogisch zu schulen; Umsetzung des Grundsatzes, dass für 100 angehende Auszubildende mindestens 120 Ausbildungsstellen zur Verfügung stehen müssen; Angebot von mehr überbetrieblichen Ausbildungsplätzen durch das Land; Produktions- und Dienstleistungsunternehmen aller Art, die keine oder zu wenig Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, müssen eine Abgabe entrichten;</p>



CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Bildung / Berufliche Bildung (Forts.)			<p>← zweijährigen Berufsfachschulen in Klasse 10 für weitere vor Ort bestehende berufliche Schulen; flächendeckende Einführung des Vorqualifizierungsjahres Arbeit/ Beruf;</p> <p>Dualisierung berufsvorbereitender Bildungsgänge nicht einseitig zulasten der Betriebe;</p> <p>Sicherstellung einer ausreichenden teil- und vollzeitberufsschulischen Infrastruktur im ländlichen Raum; flächendeckende Einführung des Programms "individuelle Lernbegleitung" als Hilfestellung bei Lernschwächen und zur Förderung der Deutschsprachkenntnisse bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund;</p> <p>weiterer bedarfsgerechter Ausbau der beruflichen Gymnasien und Berufsoberschulen; moderater Ausbau der Berufskollegs;</p> <p>Sicherstellung der Finanzierung beruflicher Schulen in freier Trägerschaft durch ausreichende staatliche Bezuschussung; Erhalt und Ausbau des Instruments der flexiblen Lehrereinstellung, insbesondere durch die vorgezogenen schulbezogenen Stellenausschreibungen; Beseitigung des Lehrermangels an beruflichen Schulen; Ausbau des Angebots zur Aufstiegsfortbildung an Fachschulen;</p>		

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Bildung / Hochschulen</b>	<p>Sicherstellung mit Investitionsprogrammen, dass die Hochschulen weiterhin die qualifizierte Sinn und renommiertesten Professoren aus dem Innen- und Ausland gewinnen; keine Einsparungen bei den Hochschulen; Garantierumpf von finanzieller Planungssicherheit und Verlässlichkeit bis 2014 im Rahmen des Solidarpakt II; volle Übernahme aller Tarifsteigerungen bei den Personalkosten;</p> <p>Einnahmen aus den Studiengebühren bleiben auch zukünftig an den Hochschulen und werden vollständig für Studium und Lehre, für Bücher und Bibliotheken, für Tutorien, für die Studienberatung und für zusätzliches Lehrpersonal eingesetzt;</p> <p>Schaffung von zusätzlichen 20.000 Studienanfängerplätzen bis zum Wintersemester 2012/13 mit dem Programm "Hochschule 2012";</p> <p>Angebot von mehr zusätzlichen Masterstudiengängen, vor allem in den wichtigen "MINT-Fächern"; konkrete Umsetzung der Umstellungen der Studienabschlüsse im sogenannten Bologna-Prozess, im Dialog mit Hochschulen, Lehrenden und Studierenden;</p> <p>Unterstützung und Förderung des hochschulpolitischen Engagements der Studentinnen und Studenten, Stärkung ihrer mit Gestaltungsmöglichkeiten in allen Belangen der Hochschule, →</p>	<p>Ermöglichung von Aufstieg durch Bildung für alle;</p> <p>Abschaffung der Studiengebühren und Verwaltungskostenbeiträge ab Wintersemester 2011/2012, Gegenfinanzierung des finanziellen Ausfalls an den Hochschulen aus dem Landeshaushalt</p> <p>Sicherstellung, dass es zu keiner Einschränkung der Lehre kommt;</p> <p>Anerkennung von berufliche Bildung faktisch als gleichwertiger Zugang zum Hochschulstudium;</p> <p>Ablehnung zusätzlicher Hürden für Absolventen beruflicher Bildungsgänge;</p> <p>Hochschulen demokratischer machen: Beendigung der Entmündigung der Studierenden, Wiedereinführung der verfassten;</p> <p>Garantie der Finanz- und Satzungsautonomie sowie die Art der eigenständigen Rechtskörperschaft in einem allgemeinpolitischen Kontext;</p> <p>Reform des Bologna-Prozesses: Anpassung des offiziellen Aufwandes an die Realität, Schaffung flexiblerer Bedingungen für die Studierenden;</p> <p>Anspruch auf Zulassung zu einem Masterstudiengang für alle Absolventinnen und Absolventen der Bachelorprüfung;</p> <p>Forderung nach allgemeiner Anerkennung der Erworbenenscheine, erfolgreich abgelegten Prüfungen und erreichten Abschlüsse der einzelnen Hochschulen; Umkehr</p>	<p>Mehr Freiheiten für die Hochschulen bei der Organisationsform ihrer Studiengänge und -abschlüsse;</p> <p>Recht der Hochschulen, ergänzend zu den standardisierten Abschlüssen Bachelor und Master andere Abschlüsse anzubieten oder nach erfolgreichem Masterstudium das Diplom zu verleihen;</p> <p>Aufhebung der bestehenden Obergrenze von 10 Semestern für ein Bachelorstudium mit konstitutivem Master;</p> <p>Ermöglichung zusätzlicher Abschlussgrade in den Studiengängen, die mit Staatsexamen enden;</p> <p>zügige Umsetzung aller drei Stufen der Bologna-Reform (Bachelor, Master und Promotion) für alle Hochschulen;</p> <p>Einräumung des Rechts für jede Hochschule, bislang noch im zentralen Vergabeverfahren zugeteilte Studienplätze eigenverantwortlich zu vergeben;</p> <p>Rechtsanspruch auf ein Anerkennungsverfahren ausländischer Bildungsabschlüsse für jeden Migranten, der seit mindestens sechs Monaten in Deutschland lebt;</p> <p>Zusammenführung der Zuständigkeiten für die Bildungsberatung und Betreuung der Anerkennungsverfahren in einer Hand;</p> <p>Etablierung eines Systems nachfrageorientierter Finanzierung mit Studiengutscheinen;</p>	<p>Erneuerung der Hochschulen; Verbesserung der Förderung für alle Hochschulen des Landes; Stärkung der Hochschulen für angewandte Wissenschaft und dualen Hochschularten;</p> <p>Erleichterung der regionalen Kooperation zwischen den verschiedenen Hochschulen und regional abgestimmte Hochschulentwicklung;</p> <p>Auflösung des Staus bei der Gebäudesanierung;</p> <p>engere Verzahnung von außeruniversitärer Forschung und Hochschulforschung;</p> <p>Überwindung des Kooperationsverbotes von Bund und Land im Hochschulbereich;</p> <p>mindestens 50 % eines Jahrgangs sollen im Lauf des Lebens ein Hochschulstudium aufnehmen;</p> <p>mehr beruflich Qualifizierte, mehr Menschen mit Migrationshintergrund, mehr Arbeiterkinder und mehr ausländische Studierende an den Hochschulen;</p> <p>barrierefreie Ausstattung der Hochschulen;</p> <p>Reform der Personalstruktur: Erhöhung der Zahl fester Beschäftigungsverhältnisse im Mittelbau, Ermöglichung von wissenschaftlichen Karrieren neben der Professur;</p> <p>Wissenschaftstarifvertrag;</p> <p>Mindestens 20.000 zusätzliche Studienanfängerplätze bis 2012;</p> <p>Ermöglichung eines Masterstudiums nach dem Bachelorabschluss für alle Studenten, sofern die fachliche Eignung dafür gegeben ist;</p>	<p>ausreichende und repressionsfreie Studienfinanzierung; Ablehnung von Studiengebühren aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen;</p> <p>Bologna-Prozess ist gescheitert; für eine Studienreform, bei der im Dialog mit Studierenden und Lehrenden Studieninhalte überarbeitet werden und auf ihre Studierbarkeit und Vergleichbarkeit überprüft werden;</p> <p>Verdoppelung des Wissenschaftsetats auf 8 Mrd €; Sofortprogramm zur Deckung des erhöhten Mehrbedarfs durch den doppelten Abiturjahrgang 2012;</p> <p>Ausbau von Beratungsangeboten, auch in Zusammenarbeit mit Schulen und Arbeitsämtern;</p> <p>gebührenfreies Studium, sofortige Abschaffung aller Studien-, Verwaltungs- und Prüfungsgebühren;</p> <p>Durchsetzung der verfassungsrechtlich garantierten Lehr- und Lernmittelfreiheit;</p> <p>Abschaffung aller Zulassungsbeschränkungen;</p> <p>Master als Regelabschluss an allen Hochschulen, Rechtsanspruch auf einen Master-Studienplatz;</p> <p>Reduktion der studentischen Arbeitslast;</p> <p>Förderung von studentischer und wissenschaftlicher Mobilität, kein Zwang zur Mobilität;</p> <p>Initiative zur Umgestaltung des BAföG zu einer bedarfsdeckenden, unabhängigen, →</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Bildung / Hochschulen (Forts.)</b>	<p>Modernisierung der Regelungen der studentischen Mitbestimmung; Einsetzung von mehr Ressourcen für berufsbegleitende Studiengänge, Unterstützung der Fachhochschulen;</p> <p>mehr gezielte Beratung und spezielle Codeschienen-Programme für Schul Absolventen mit Migrationshintergrund, optimale Talentförderung und Eröffnung von Chancen;</p> <p>Schaffung von Voraussetzungen, dass Wissenschaftler an den Hochschulen ihre Versorgungsansprüche in die private Wirtschaft mitnehmen können; leichtere Ermöglichung für Hochschulenprofessoren einen Nebenjob in Industrie und Freienberufen anzunehmen; Stärkung des Modells "Industrie auf dem Campus" und Einbeziehung vor allem kleinerer und mittlerer Unternehmen;</p> <p>wachsende Vernetzung zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen;</p>	<p>der Beweislast zu Gunsten der Studierenden, in dem die Hochschulen den Studierenden eine fehlende Qualifikation nachweisen müssen;</p> <p>„AdHocProgramm2012“, damit die Studienanfänger des Jahres 2012 tatsächlich qualitativ und quantitativ ungeschmälernte Studienbedingungen haben;</p> <p>umfassendes und solide finanziertes Sanierungsprogramm für Hochschulen, Universitätskliniken und ihre Bauten;</p> <p>Erreichbarkeit der Hochschullehrendenlaufbahn über unterschiedliche Karrierewege, die Habilitation ist dabei immer nur eine Möglichkeit;</p> <p>Einsatz für einen wirklichen Mittelbau an den Hochschulen mit sozialversicherungspflichtigen, unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen; Einbeziehen der Nachwuchswissenschaftler und studentischen Beschäftigten in die Tarifverträge;</p> <p>keine Privatisierung der Universitätskliniken; dafür sorgen, dass das Land seiner Investitionsverpflichtung für die Universitätskliniken nachkommt;</p>	<p>Ermöglichung eines Hochschulstudiums für Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen; barrierefreie Hochschulgebäude, Einsatz technischer Hilfsmittel, digital verfügbare Lernmittel, flexible Studienzeiten und Bedingungen;</p> <p>mittelfristig Einsatz dafür, dass für Studierende während des Studiums keine Studiengebühren oder -entgelte zur Zahlung anfallen; bis dahin Festlegung einer für alle Studierenden einheitlichen Obergrenze, bis zu der die Hochschulen in eigener Verantwortung Gebühren erheben können; Einsatz von Studiengebühren und -entgelten ausschließlich zur Verbesserung der Lehre;</p> <p>Stärkung der studentischen Mitverantwortung an den Hochschulen durch Einführung eines Studierendenparlaments; Stärkung des Senats der Hochschule, in dem alle Gruppen der Hochschulen vertreten sind, in seinen Kompetenzen, auch bei der Wahl der Rektorate;</p> <p>Unterstützung von Privatisierungsabsichten im Hochschulbereich, wo sie zweckmäßig erscheinen;</p>	<p>Faire Aufnahmeverfahren beim Hochschulzugang; Ablehnung der verpflichtenden Aufnahmeprüfungen in allen Studiengängen mit lokaler Zulassungsbeschränkung; Ausbau von Demokratie und Teilhabe an den Hochschulen; demokratisch legitimierte Leitung mit professionellen Management, gewählten Gremien und einem umfassenden Qualitätsmanagement, Wiedereinführung der Verfassten; Studierendenschaft; Besetzung sämtlicher Gremien zu mindestens 40 % mit Frauen;</p> <p>Bologna Prozess: grundlegende Überarbeitung der neuen Studiengänge vor allem an den Universitäten, Reduzierung von Stofffülle und Prüfungsdichte; Reduzierung der Unübersichtlichkeit des Bachelorangebotes, Einführung breiter angelegter Studiengänge;</p> <p>Verbesserung der Situation der Promovierenden; keine Studiengebühren für die Promotionsphase; Reform der Finanzierung; Erarbeitung eines "Hochschulen Finanzierungsplan 2020", der den mittelfristigen Bedarf der Hochschulen in einem landesweiten Programm festlegt; Abschaffung der Studiengebühren; gebührenfreies Erststudium bis zum Masterabschluss beziehungsweise bis zum derzeit noch existierenden Staatsexamen; Ablehnung der Privatisierung von Universitätskliniken;</p>	<p>← rückzahlungs- und repressionsfreien Studienfinanzierung als Teil eines umfassenden Sozialsystems; Anspruch auf ganztägige Betreuung von Kindern ab dem dritten Lebensmonat für Studierende und wissenschaftlich Beschäftigte;</p> <p>Modernisierung der Personalstruktur; Förderprogramme für die wissenschaftliche Qualifikation von Frauen bzw Personen mit Migrationshintergrund;</p> <p>Wiedereinführung der verfassten Studierendenschaft mit allgemeiner politischem Mandat; Stärkung der akademischen Selbstverwaltung und Demokratie, insbesondere durch die Abschaffung von Aufsichtsräten, der Erweiterung der Kompetenzen der Senate und Fakultätsräte, die Gleichheit der Wahl aller Hochschulangehörigen;</p>

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Bildung / Lebenslanges Lernen, Weiterbildung	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
		<p>Ermöglichung lebenslangen Lernens für alle, Stärkung der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung im Land, um die Menschen auf ihrem Lebensweg zu unterstützen und den Fachkräftebedarf für die heimische Wirtschaft zu sichern;</p> <p>Schaffung von vernetzten, niedrigschwelligen und bezahlbaren Bildungsangeboten für alle Bevölkerungsgruppen;</p> <p>Stopp des schleichenden Trends zur Privatisierung bei der öffentlich geförderten allgemeinen Weiterbildung; Anhebung der institutionellen Landesförderung schrittweise von 5,8 % auf 13,6 %;</p> <p>sozialversicherungspflichtige Beschäftigung statt Einsatz von Honorarkräften ohne Kündigungsschutz, Anspruch auf Urlaub oder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes auch in der Weiterbildungsbranche;</p> <p>Ausbau der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung zu einem System mit Regelungen für Anerkennungen und Berechtigungen von Abschlüssen auf dem Weiterbildungsmarkt;</p> <p>flächendeckende, unabhängige und vom Land mitfinanzierte Bildungsberatung und Berufswegebegleitung für Erwachsene, Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf Bildungsurlaub;</p>	<p>Förderung von Weiterbildungsangeboten sowohl an beruflichen Schulen zur besseren Verzahnung von Aus- und Weiterbildung, als auch an überbetrieblichen Berufsbildungsstätten; Ausbau des Angebots zur Aufstiegsfortbildung an Fachschulen; Ausbau der Netzwerke im Bereich der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung zur Vermeidung von teuren Doppelstrukturen; Unterstützung der privaten Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen durch Einführung oder Verbreiterung flexibler Finanzierungsinstrumente, Bildungssparen, Langzeitkonten oder Bildungsgutscheine; Weiterbildungskampagne und Projekte für weitere bildungsferne Zielgruppen zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung; Förderung der Weiterbildung insbesondere für Wiedereinsteiger; Weiterentwicklung überbetrieblicher Berufsbildungsstätten zu Kompetenzzentren lebenslangen Lernens; Stärkung der Meister- und Techniker Ausbildung zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses; Schaffung von mehr Transparenz bei den Weiterbildungsangeboten; Schaffung von möglichst wohnortnahen Angeboten, der Möglichkeit des begleitenden Lernens und der Berücksichtigung individueller Bedürfnisse hinsichtlich Lernzeiten und →</p>	<p>Verwirklichung lebenslangen Lernens;</p> <p>bessere Förderung der Weiterbildung; Gestaltung der Weiterbildungsangebote, dass sie für alle zugänglich und finanzierbar sind; Rückgängigmachung der Kürzungen beim zweiten Bildungsweg (Abitur und Realschulabschluss an Tages- und Abendschulen);</p> <p>Schaffung eines transparenten Weiterbildungsmarktes, der zertifizierte Weiterbildungsbausteine anbietet, die je nach beruflichem Bedarf und persönlicher Lebenslage in Anspruch genommen werden können;</p>	<p>Förderung lebenslangen Lernens durch Einführung großzügiger Regelungen für Bildungs- und Qualifizierungsurlaub;</p> <p>Bereitstellen von Landesmitteln, um die berufliche Weiterbildung weit stärker als bisher zu unterstützen;</p> <p>Festlegung von bezahltem Bildungsurlaub zur beruflichen und politischen Bildung für alle arbeitenden Menschen in einem Landesbildungsurlaubsgesetz;</p> <p>keine Bildungsgebühren in der Erwachsenenweiterbildung;</p> <p>Anerkennung der Weiterbildung als Fünfte Säule des Bildungswesens und als öffentliche Aufgabe; für die in der Weiterbildung beschäftigten Lehrer sollen dieselben sozialen Standards gelten wie für andere;</p>

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Bildung / Lebenslanges Lernen, Weiterbildung (Forts.)				
		<p>← veränderter Lerngewohnheiten;                      Ergänzung traditioneller Lernformen durch Medienunterstützung und neue pädagogische Vermittlungswege;                      Schaffung von seniorenrechtlichen Angeboten auch an den Hochschulen;                      Erhalt und weitere Förderung von Institutionen des Zweiten Bildungsweges;</p>		

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Gesellschaft und Soziales Allg./ Familien</b>	<p>Kinderland Baden-Württemberg: Unterstützung für die, die ihre Kinder selbst betreuen und erziehen möchten, genau wie für diejenigen, die private und öffentliche Betreuungsangebote nutzen; Weiterentwicklung des Programms "Stärke" zur Förderung von Alltags-, Erziehungs- und Elternkompetenz; Ausdehnung des Programms auf werdende Eltern, Eltern größerer Kinder sowie minderjährige und in Ausbildung befindliche Eltern;</p> <p>Ausbauziel bei der Kleinkinderbetreuung mit einer Versorgungsquote von 34 % bis zum Jahr 2013; Unterstützung des weiteren Ausbaus der Kleinkinderbetreuung; Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für ein- bis unter dreijährige Kinder; Verbesserung der Qualität der Kinderbetreuungsangebote; Unterstützung der Ausbildung von Fachkräften in Studiengängen für frühkindliche Bildung, Unterstützung der berufsbegleitenden Weiterbildung der Fachkräfte im Erziehungsbereich;</p> <p>Einführung eines Baukindergeldes; Einsatz für kommunale Initiativen, die es Eltern mit Kindern durch geeignete Förderinstrumente erleichtern, Wohneigentum zu erwerben; möglichst umfassende Sprachförderung bereits im Kindergarten;</p>	<p>Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr; bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungs- und Bildungsangebote für Null- bis Dreijährige; Einführung beitragsfreier Kindergärten Schritt für Schritt bis 2016; komplett kostenlose Betreuung in der Krippe und im Kindergarten, bei gleichzeitiger Kindergartenpflicht von der Vollendung des dritten Lebensjahres bis zum Schuleintritt; breit angelegte Qualitätsoffensive in den Kindertageseinrichtungen, Verwirklichung der Sprachförderung von Beginn an; bessere Eingruppierung von Erzieherinnen und Erziehern hinsichtlich ihrer Entlohnung; Erhöhung des Anteils an männlichen Erziehern; Verbesserung der Personalausstattung mit Fachkräften und höhere Qualifizierung; Ablehnung einer Flexibilisierung der Arbeitszeiten zulasten der Erzieherinnen und Erzieher; schrittweise Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu pädagogischen Zentren für frühkindliche Förderung und Beratung, Eltern- und Familienbildung; stärkere Verzahnung zwischen Kindergarten und Grundschule; inklusive Kinderbetreuungseinrichtungen;</p>	<p>Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Erleichterung des Wiedereinstiegs in den Beruf; Sicherstellung der Vereinbarkeit von beruflichem Engagement und familiären Pflichten spätestens im Anschluss an die Phase des Bezugs von Elterngeld; Ausbau der Angebote der Tageseltern und Betreuungseinrichtungen; Sicherstellung und Verbesserung der Qualifizierung der in diesen Bereichen Tätigen und ihrer Entwicklungsperspektiven; weiterer Umbau des Landeserziehungsgeldes, um diese Mittel in Betreuungs- und Bildungsangebote zu investieren oder für andere, unmittelbar den Kindern zugute kommende Leistungen einzusetzen;</p> <p>Weiterentwicklung von Nachmittagsbetreuung und Ferienbetreuung für Schülerinnen und Schüler; frühere und zielgerichtetere Unterstützung von Familien durch bessere Vernetzung zwischen den Hilfsangeboten; Förderung einer Kultur des Hinsehens und Eingreifens bei Gewalt gegen Kinder und Jugendliche; Stärkung des Konzepts der Familienhebammen; Evaluierung und gegebenenfalls Weiterentwicklung des Kinderschutzgesetzes; Stärkung der freien Jugendbünde und Jugendverbände;</p>	<p>Kinder-Grundsicherung, die den tatsächlichen Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen entspricht;</p> <p>Konzentrierung der Wohnraumförderung des Landes auf ihren sozialen Zweck, Förderung des Mietwohnungsbaus in Ballungsräumen für die am Wohnungsmarkt benachteiligten Gruppen; Beendigung der Förderung des Wohneigentums in Wohnraumförderprogrammen;</p> <p>materielle Hilfen und flächendeckende und für alle zugängliche Infrastruktur; bessere Vernetzung und Absicherung der bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangebote bei familiären Krisen; mehr Präventions- und Interventionsangebote, die an der frühen Beziehungen zwischen Kind und Betreuungsperson ansetzen; früh greifende Sprachförderungsmaßnahmen in der Kinderbetreuung; Chancengerechtigkeit für Kinder mit Migrationshintergrund;</p> <p>Ausbau der Jugend- und Schulsozialarbeit;</p> <p>Vollständige Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Platz in einer Betreuungs- und Bildungseinrichtung für Kinder unter drei Jahren ab 2013; Umschichtung des Landeserziehungsgeldes schrittweise in die U3-Betreuungs- und Bildungseinrichtungen; weiterer Ausbau der U3-Bildungs- und →</p>	<p>Erneuerung und Fortentwicklung der sozialen Sicherungssysteme; jährlicher Armuts- und Reichtumsbericht;</p> <p>Sanktionsfreie und bedarfsorientierte Grundsicherung, kein Hartz IV; Ablehnung von Zwangsumzügen; Orientierung der als angemessen geltenden Mietpreise von SGB II-Betroffenen an den ortsüblichen Mieten; kostenloser Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und Vereinen für Kinder aus Hartz IV Haushalten und zumindest auch anderen gering Verdienenden; Elterngeld auch für Hartz IV-Bezieher; Sozialabgaben (RV-Beitrag) auch für Hartz IV-Bezieher und sonstige Geringverdiener; Einführung eines Sozialpasses mit Sozialticket; Förderung und Ausbau von Erwerbslosenzentren und Erwerbslosenberatung; kostenloses warmes Mittagessen in Schulen und Kindertagesstätten;</p> <p>dauerhafte Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus; sofortiges Wohnraumförderprogramm von 1 100 Mio €; Wiedereinführung der "Kostenmiete" bei Sozialwohnungen; Ablehnung der Privatisierung von Wohnungen im öffentlichen Eigentum; Ausbau sozialer Infrastruktur wie Jugendhäuser, Spielplätze, Schul Sozialarbeit, mobiler Jugendarbeit;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Gesellschaft und Soziales /Familien (Forts.)</b>	<p>Einführung eines kostenfreien, verpflichtenden Kindergartenjahrs für Kinder ab fünf Jahren vor dem Eintritt in die vierjährige Grundschule;</p> <p>flächendeckender Ausbau des Programms "Singen- Bewegensprechen" innerhalb der nächsten Legislaturperiode;</p> <p>Schutz der Kinder vor Gewalt und Missbrauch; Vorrang des Kinderschutzes gegenüber kommerziellen Interessen im privaten und im öffentlich-rechtlichen Fernsehen;</p> <p>Fortführung und Weiterentwicklung des bewährten Kinderschutzkonzeptes Baden-Württemberg mit den Säulen Früherkennung und Prävention, Ausbau der frühen Hilfen, gezielte Qualifizierung der Fachkräfte und Vernetzung der Akteure im Kinderschutz;</p> <p>Unterstützung für Eltern bei unerfülltem Kinderwunsch; Überprüfung der Kriterien für Adoptionen;</p> <p>Schutz des ungeborenen Lebens;</p> <p>Verbesserung der Grundlagen dafür, dass jedes ungeborene Kind, auch unter erschwerten Bedingungen, angenommen wird;</p> <p>Einschränkung der immer weiter zunehmenden Zahl der Spätabtreibungen;</p> <p>Verbot der PID;</p>	<p>Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Anspruch auf Ganztagsbetreuung; Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung von der Krippe und der Kinder Tagespflege über den Kindergarten bis hin zur Ganztagschule in Quantität als auch im Qualität;</p> <p>Anpassung der Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen an die Arbeitszeiten der Mütter und Väter; schrittweise Abschaffung der Elternbeiträge, beginnend mit dem kostenlosen letzten Kindergartenjahr;</p> <p>Einlösung des Versprechens eines Rechtsanspruchs auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung für Kinder oder im Kinder Tagespflege, mit solider Bedarfsplanung und einer deutlich höheren finanziellen Beteiligung des Landes;</p> <p>Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut durch ein umfassendes Maßnahmenbündel: Förderung von Wohnungsbau und sozialräumlicher Planung, Garantie der Zugänge zu gebührenfreier Betreuung und Bildung, zu Gesundheitsversorgung und zu sozialen und kulturellen öffentlichen Diensten, gesetzlicher Mindestlohn und Bekämpfung prekärer Beschäftigung;</p> <p>dauerhafte und verlässliche Förderung der Medienbildung;</p>	<p>Stärkung der Jugendpolitik mehr als bisher als eigenständigen Politikbereich;</p> <p>Schaffung von mehr Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche;</p> <p>Nutzung der Chancen der neuen Medien; Stärkung der Medienkompetenz von Jugendlichen und Eltern;</p>	<p>← <b>Betreuungsplätze, spürbare Verbesserung der pädagogischen Rahmenbedingungen; einkommensabhängige Erhebung der Beiträge;</b></p> <p>flächendeckende, verbindliche Einführung und Weiterentwicklung des Orientierungsplans, um für alle Kitas einheitliche Standards und Rahmenbedingungen für das frühkindliche Lernen zu erreichen;</p> <p>ganzheitliches Sprachförderungskonzept, dass in den Alltag der Kindheit integriert wird;</p> <p>Ersetzung von Sprachtests durch systematische Beobachtung und Dokumentation der Sprachentwicklung der Kinder sowie dazugehörige Elterngespräche;</p> <p>schrittweise Einführung eines inklusiven Bildungssystems, auch für Kitas mit verbindlicher Aufnahme ins Kindergarten gesetz;</p> <p>flächendeckende Ausbau der Kitas zu wohnortnahen Familienzentren;</p> <p>Aktionsplan für mehr Fachkräfte in den Kitas; gezielte Anwerbung junger Männer als Erzieher;</p> <p>Verankerung von Kinderrechten in der Landesverfassung; aktives Wahlrecht ab 16 Jahren bei allen Wahlen; kinder- und jugendfreundliche Stadtplanung;</p> <p>Ausweitung des bestehenden Angebots an Jugendfreiwilligenplätzen;</p> <p>Erhalt und bedarfsgerechter Ausbau von Kinder- und Jugendhäusern;</p>	<p>Ausbau der Kleinkindbetreuung ohne Abstriche; in Großstädten sind zusätzliche Kapazitäten zu schaffen;</p> <p>Gebührenfreiheit des Besuchs des Kindergartens;</p> <p>Anerkennung von Kitas als Bildungseinrichtung und Finanzierung vom Land;</p> <p>Ablehnung jeder Gebührenerhöhung;</p> <p>Öffnungszeiten der Kitas müssen sich nach dem Bedarf der Eltern richten;</p> <p>Verkleinerung der Kita-Gruppen, umfassende Qualifizierung des Personals durch Studium und Weiterbildung;</p> <p>ausreichende Sprachförderangebote für alle Kinder mit sprachlichen Defiziten;</p> <p>Förderung der Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund;</p> <p>gemeinsame Betreuung und Förderung von Kindern mit und ohne Behinderungen;</p> <p>barrierefreie Räumlichkeiten und sonderpädagogische Begleitung und Beratung im Gruppenalltag;</p> <p>Leistung einer Jugendpauschale durch das Land in Verbindung mit dem Gemeindefinanzausgleich;</p> <p>Neubestimmung des Verhältnisses von Arbeitsförderung und Jugendhilfe für besonders gefährdete Jugendliche;</p> <p>Wiedereinführung der Jugendhilfeberichterstattung;</p> <p>Überarbeitung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Gesellschaft und Soziales /Menschen mit Behinderungen</b>	<p>Gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen; umfassend barrierefreies Gemeinwesen, selbstbestimmtes Wohnen und Teilhabe am Arbeitsleben; Umsetzung der gemeinsamen Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung; Unterstützung von Eltern von behinderten Kindern in besonderem Maße;</p>	<p>Verwirklichung von Inklusion; Umsetzung der UN- Behindertenrechtskonvention in Baden- Württemberg; deutlicher Ausbau des Behindertengleichstellungsgesetzes; Ausweitung des Benachteiligungsverbots für öffentliche Stellen auf dem kommunalen Bereich, Garantie des Rechtes für Menschen mit Behinderungen, im Umgang mit Behörden Gebärdensprache und andere Kommunikationshilfen zu verwenden sowie des Rechtes auf eine barrierefreie Gestaltung des Schriftverkehrs; Ergänzung durch verpflichtende Barrierefreiheit der Internetauftritte; Einsetzung eines offiziellen Landesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen und fest etablierter Berater in Fragen der Behindertenpolitik für jeden Stadt- und Landkreis;</p>	<p>Entwicklung eines Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen; Voranbringen der Barrierefreiheit und Weiterentwicklung in den Förderprogrammen des Landes wie beispielsweise Städtebauförderung, Landeswohnraumförderungsprogramm und Tourismusförderung zu einem zentralen Handlungsfeld; Weiterentwicklung von Integrationsprojekten und Werkstätten für behinderte Menschen; Ablehnung einer generellen Abschaffung aller Sonderschulen; freie Wahlen für die Eltern, ob ihr Kind an einer Sonder- oder Regelschule unterrichtet werden soll; Fortführung der bisherigen Landesförderung der Selbsthilfegruppen und Beibehaltung der guten Einbindung im Landes- Behindertenbeirat; Weiterentwicklung der Förderung von Selbsthilfeverbänden als gesamtgesellschaftliche Aufgabe auch unter Einbeziehung der Kommunen;</p>	<p>Beseitigung der Barrieren, die Menschen mit Behinderung von der vollständigen gesellschaftlichen Teilhabe abhalten; Setzung der baulichen Rahmenbedingungen, damit Menschen mit Behinderungen sich ungehindert bewegen können; inklusive frühkindliche Förderung, Besuch eines Regelkindergartens für alle Kinder und inklusive Schule für alle; Rückbau großer zentraler Sondereinrichtungen, Öffnung für neue, kleinteiligere Wohnkonzepte; Anwendung und Ausbau des bestehenden Rechts auf ein persönliches Budget für Menschen mit Behinderung; Erhalt Landesblindengeldes; Öffnung des ersten Arbeitsmarktes für Menschen mit Behinderung; Installierung einer kompetenten und unabhängigen Ansprechperson, die nach Möglichkeit selbst ein Mensch mit Behinderung sein sollte und nicht Mitglied der Landesregierung ist; grundlegende Überarbeitung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes, Ausstattung mit einklagbaren Rechten für Menschen mit Behinderung;</p>	<p>Aktionsplan zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention unter Einbeziehung von Experten aus Selbsthilfegruppen; Inklusive Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule und schrittweise Umwandlung von Förderschulen in qualifizierter Regelschulen; Recht auf Arbeit für Menschen mit Behinderungen zu einem Tarif- bzw Mindestlohn; Beschäftigungspflicht für alle Betriebe, die Menschen mit Behinderung aufnehmen können; ansonsten Ausgleichsabgabe; Recht auf selbstbestimmtes Leben im eigenen Zuhause statt Unterbringung in Heimen; Recht auf eine bedarfsdeckende, vermögens- und einkommensunabhängige „selbstbestimmte persönliche Assistenz" ohne Kostenvorbehalt; Abschaffung der Unterhaltspflicht Familienangehöriger bei behinderungsbedingten Kosten; Behindertenbeauftragte von Land, Stadt und Kreisen müssen selbst Betroffene sein; hauptamtliche Beschäftigung in Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern; Barrierefreiheit öffentlicher und privater Räume, des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs und von Dienstleistungen, zum Beispiel in Information und Kommunikation;</p>



	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Gesellschaft und Soziales / Pflege</b>	<p>(s. auch Gesellschaft und Soziales/ Demographischer Wandel, Senioren)</p> <p>Prüfung eines Studiengangs für Pflegekräfte, Einsatz für die weitere Entwicklung der Pflegehelferberufen; Verbesserung der Einstiegsmöglichkeiten für Schüler; Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten zum Service Helfer oder Alltagsbetreuer für Menschen ohne Schulabschluss;</p>	<p>Einbindung aller an der Pflege beteiligten Akteure in einem Netzwerk, um die Qualität der Pflege nachhaltig zu verbessern und zu sichern; Ausbau der Pflegeinfrastruktur; quantitativer und qualitativer Ausbau von Pflegestützpunkten; Heranziehung der privaten Krankenkassen zur Finanzierung der Pflegestützpunkte; Etablierung eines Instituts für Pflegewissenschaft an einer Universität in Baden-Württemberg; Ausbau des Angebots für Studiengänge der Pflegepädagogik; Einsatz für vollwertige Studiengänge in Pflege, Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie und für Hebammen an den Universitäten; Erweiterung des Angebots der staatlichen Schulen und Öffnung des Zusatzangebotes auch für Schülerinnen und Schüler privater Pflegeschulen;</p>	<p>Erhöhung der Attraktivität der Berufe im Pflegebereich, Ergreifen von Maßnahmen, um den Bedarf an Pflegefach- und Pflegehilfskräften zu decken; Beseitigung wettbewerbsverzerrender Finanzierungsunterschiede zwischen stationären und ambulanten Wohnformen, Erhöhung der Durchlässigkeit und Wahlmöglichkeiten zwischen den Hilfeformen; bessere Unterstützung der in der häuslichen und familiären Pflege Tätigen, Förderung der Vereinbarkeit von häuslicher Pflege und Erwerbstätigkeit; Entbürokratisierung der legalen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Haushaltshilfen; Vereinfachung des Einsatzes ausländischer Hilfskräfte und Förderung der Qualitätssicherung in diesem Bereich; Verbesserung der Betreuung von Heimbewohnern mit innovativen Ansätzen; Weiterentwicklung der Pflegeversicherung und Neudefinition unter Einschluss demenzieller Erkrankungen; Ausbau und Verbesserung der Angebote und Leistungen für Demenzkranke; Entkoppelung des Versicherungsbeitrages vom Arbeitsentgelt aus abhängiger Beschäftigung, Aufbau eines soliden Kapitalstocks;</p>	<p>Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege; Verbesserung des Angebots der professionellen Nachbarschaftshilfe und Tagespflege, Förderung der Weiterbildung ehrenamtlicher zu Alltagsassistenten und Alltagsbegleitern; umfassende Qualitätssicherung für alle Einrichtungen und pflegerischen Dienste, vollständige Überarbeitung des Landesheimgesetzes;</p>	<p>Ersetzung des Systems der Pflegestufen durch ein ganzheitliches Pflegekonzept; flächendeckend Einrichtungen der ambulanten Pflege mit gut ausgebildeten und bezahlten Beschäftigten (Pflegestützpunkte); das Leben in Mehrgenerationenhäusern und im betreuten Wohnen muss durch den sozialen Wohnungsbau für alle Menschen finanzierbar sein; erweiterter Pflegebedürftigkeitsbegriff, der die Überwindung der körperbezogenen Hilfeleistung und eine verbesserte soziale Teilhabe, auch für Demenzkranke, vorsieht; Durchsetzung des Rechts auf freie Heimplatzwahl von Sozialhilfeempfängern; Verbesserung der Mindestheimbauverordnung, Umsetzung des Rechts auf ein Einzelzimmer und ausreichenden Wohnraum im Altenheim unverzüglich in schon bestehenden wie neu gebauten Heimen; deutliche personelle Aufstockung der Aufsicht in den Landratsämtern; Aufstockung des Personals in den Heimen durch kommunale, karitative und private Träger von Pflegeheimen; Weiterentwicklung der Heimmitwirkungsverordnung; sofortiger und verpflichtender flächendeckender Ausbau der Pflegestützpunkte;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Gesellschaft und Soziales / Gesundheit</b>	<p>Gesundheit: flächendeckende medizinische Versorgung auf höchstem Qualitätsniveau, besonders im ländlichen Raum; größere regionale Gestaltungsspielräume gerade bei den Ärztehonoraren und dem Risikostrukturausgleich; Einsatz für den Fortbestand erfolgreich praktizierter Haus- und Fachärzterträge; Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention; Sicherstellung der bestmöglichen Qualität der Behandlung für alle Menschen; Sicherstellung einer leistungsfähigen, effizienten und wohnortnahen stationären Krankenhausversorgung; (Gesundheitsversorgung Ländlicher Raum s.o. Wirtschaft/ Strukturpolitik)</p>	<p>Notwendige medizinische Versorgung muss ohne Hürden für alle zugänglich sein; Ablehnung von Kopfpauschale, Vorkasse und Zuzahlungen; Ablehnung der schleichenden Privatisierung des individuellen finanziellen Risikos der Krankenbehandlung; Einführung einer Bürgerversicherung, wo alle Bürgerinnen und Bürger in der gesetzlichen Krankenversicherung mit gleichen Rechten und Pflichten versichert werden, unabhängig von Alter, Einkommen oder sonstigem sozialem Status; Bundesratsinitiative für die Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte als erster Schritt; Schaffung eines einheitlichen, öffentlich-rechtlichen Krankenversicherungssystems mit einem umfassenden Leistungskatalog, der das medizinisch notwendige absichert; Entwicklung eines Landesgesundheitsplanes mit den Bürgerinnen und Bürgern, die in Dienstleistern im Gesundheitswesen und den Kostenträgern; Organisation von Gesundheitsregionen, die Steuerungskompetenzen vor Ort erhalten; regionale Budgets zur Versorgungsförderung, um Ärzte, Krankenhäuser und andere Dienstleister im Gesundheitswesen im ländlichen Raum zu unterstützen;</p>	<p>Steigerung der Attraktivität des Arztberufes, Modernisierung der Zugangsvoraussetzungen zum Medizinstudium; Gestaltung des Medizinstudiums, dass der Allgemeinmedizin mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird und die Absolventen zur Niederlassung als Arzt ermutigt werden; bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft, Erleichterung der Beteiligung Privater an den Universitätskliniken; mittelfristig geordnete Überführung in eine monistische Krankenhausfinanzierung; Finanzierung der Beiträge für Kinder als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus allgemeinen Steuermitteln; Aufbau eines Kapitalstocks zur Bewältigung der Herausforderungen des demographischen Wandels; Ergänzung des Prinzips durch ein System der Kostenerstattung mit Wahlmöglichkeit für den Versicherten; Anpassung der Gebührenordnungen sowie der Bewertungsmaßstäbe an aktuelle sachliche Erfordernisse, wissenschaftliche und betriebswirtschaftliche Erkenntnisse; Gestaltung der Verordnung von Arzneimitteln, dass Ärztinnen und Ärzte nicht durch eine kostenintensive Patientenstruktur in Regressituationen kommen;</p>	<p>Gute präventive Gesundheitspolitik, wohnortnahe medizinische Versorgung und flächendeckendes Pflegeangebot; Neuregelung der ärztlichen Vergütung: Nicht Geräteinsatz, sondern gesprächs- und zeitintensive Medizin muss besser honoriert werden; Abfederung der drohenden medizinischen Unterversorgung auf dem Land durch Schaffung kleinräumigerer Planungsbezirke für die Niederlassung von Hausärzten; mit Anreizstrukturen wie zum Beispiel günstige Praxismieten, Umsatzgarantien und Rotationssystemen; Krankenhausplanung muss in der Zuständigkeit des Landes bleiben; vollständige Übernahme der Investitionskosten der Krankenhäuser; Erhöhung der Mittel für Investitionskosten auf 600 Mio € pro Jahr; zusätzlich zur Krankenhausversorgung Ausbau komplementärer Angebote, zum Beispiel Verbesserung der ambulanten gemeindenahe Hilfen durch die Sozialpsychiatrischen Dienste; Weiterentwicklung von Prävention und Gesundheitsförderung zu einem gesundheitspolitischen Schwerpunkt; stärkere Verankerung in Schulen, Kindertagesstätten, Betrieben und Krankenhäusern und in weiteren gesundheitsrelevanten Politikfeldern, etwa in der Arbeitsmarkt-, Umwelt- und Verkehrspolitik;</p>	<p>Rückkehr zur paritätisch finanzierten Krankenversicherung, in die Beschäftigte und Arbeitgeber zu gleichen Anteilen einzahlen; Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung zu einer allgemeinen Bürgerversicherung, in der alle nach ihrem Einkommen einzahlen; Einbeziehung aller Einkommensquellen; keine Kopfpauschale; keine Vorauszahlungen bei Arztbesuchen und Medikamenten, Hilfs- und Heilmitteln; Integrierung der Privatversicherungen in das System der Bürgerversicherung; strikte Regulierung der Arzneimittelpreise und der Kosten medizinischer Geräte; gebührenfreie Prävention; Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes auch in Mittel- und Kleinbetrieben; Erkennung und Abbau physischer und psychischer Belastungsfaktoren durch mehr Analysen von Arbeitsplätzen und Ausbau des Betriebsärztlichen Dienstes; Förderung gesundheitsbewussten Verhaltens durch geschlechter- und altersspezifische Angebote; Förderung der Inanspruchnahme von Leistungen der Gesundheitsvorsorge durch benachteiligte Bevölkerungsgruppen; Ausbau einer geschlechtsspezifischen Gesundheitsvorsorge und -forschung;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Gesellschaft und Soziales / Gesundheit (Fortrs.)</b>	<p>Werben für ehrenamtliche Dienste, notwendige Unterstützung für die ambulanten Hospizdienste; entschiedene Ablehnung der aktiven Sterbehilfe;</p>	<p>Entwicklung und Aufbau von kommunalen Gesundheitszentren überall dort, wo die hausärztliche und fachärztliche Grundversorgung nicht gesichert ist; Entwicklung eines Gesundheitsatlas, mehr Transparenz über Häufigkeit und Qualität der Behandlungen; Einrichtung von Gesundheitsförderungs- und Präventionszirkeln in jedem Land- und Stadtkreis; Zusammenfassung und umfassende Förderung der bestehenden und notwendigen Initiativen und Bausteine in einem Landesprogramm zur Gesundheitsförderung; Integrierte und gleichwertige Behandlung seelischer und körperlicher Erkrankungen; enge Verzahnung ambulanter und stationärer Hilfen; bedarfsgerechte finanzielle Förderung und Erhaltung von leistungsfähigen Krankenhäusern in Stadt und Land; Ablehnung einer Privatisierung von Krankenhäusern, stattdessen regionale Gesundheitsplanung, die Kommunen und Kostenträger einbezieht; schrittweise Verdoppelung der Investitionsmittel für die gemeinnützigen Krankenhäuser; Sicherung der guten Patientenversorgung durch Maßnahmen zur Qualitätssicherung und MindestPersonalzahlen in einem Landeskrankenhausgesetz;</p>	<p>Ermöglichung einer Berücksichtigung regionaler Besonderheiten bei der Honorarverteilung, Sicherstellung, dass Baden-Württemberg im föderalen Ausgleich nicht überproportional belastet wird; Modernisierung der Selbstverwaltungskörperschaften und -gremien; Stärkung der geriatrischen Rehabilitation; Weiterentwicklung von Hospiz und spezialisierter ambulanter Palliativversorgung und Sicherstellung ihrer Finanzierung; bessere ärztliche Versorgung im ländlichen Raum; Förderung durch langfristige und gesicherte Rahmenbedingungen; Reduzierung der Bürokratie und Korrektur fehlgeleiteter Budgets; Förderung der Bildung von Verbänden und vernetzten Strukturen; sachgerechte Weiterentwicklung der Kriterien der Bedarfsplanung für die Versorgung mit Allgemein- und Facharztpraxen; Weiterentwicklung innovativer Ansätze wie Telemedizin unter Wahrung der Datensicherheit und des Datenschutzes; Schaffung effizienter Angebote durch Verzahnung des ambulanten mit dem stationären Bereich;</p>	<p>Verbesserung der Gesundheitschancen sozial benachteiligter Menschen durch zielgruppenspezifische Präventionsangebote; gezielte Förderung von Projekten im Bereich der Männergesundheit; Ermöglichung einer Einrichtung unabhängiger Patientenberatungsstellen in allen Regionen des Landes;</p>	<p>bessere Anreize für Allgemein- und Fachärzte, sich im ländlichen Bereich niederzulassen; entsprechende Umschichtung der ärztlichen Honorare über die kassenärztlichen Vereinigungen; Einrichtung eines wesentlich engmaschigeren Netzes von Rettungsdiensten und Notarztsitzen im dünner besiedelten Süden; Einrichtung der Position eines "Ärztlichen Leiters Rettungsdienst"; organisatorische Reform des allgemeinen ärztlichen Notdienstes; Verdoppelung der Investitionsmittel für Krankenhäuser auf 600 Mio € im Jahr, stufenweiser Abbau des Investitionsstaus von 1,5 Mrd € als Sofortmaßnahme; Ablehnung des Verkaufs von öffentlichen Krankenhäusern an private Klinikbetreiber; Stärkung der Autonomie von Unikliniken und Zentren für Psychiatrie; Förderung von Kooperationen mit umliegenden Krankenhäusern und eigenen Schwerpunktbildungen; Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Gesundheitsdienstes (Öl GE);</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Gesellschaft und Soziales / Demographischer Wandel, Senioren</b>	<p>Unterstützung der Arbeit der Seniorennetzwerke;                      Bereithalten von ausreichend Studienplätzen für Senioren;                      Aufbau und Weiterentwicklung wohnortnaher Pflegedienststrukturen;                      älteren Menschen die Chance geben, sich zwischen verschiedenen Formen des Zusammenlebens oder der Betreuung frei und individuell entscheiden zu können;                      Reduzierung von Hemmnissen und Barrieren der familiären und ehrenamtlichen Betreuung;                      Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege mit dem Beruf und der Familie;                      Ausbau ambulanten Einrichtungen;                      Unterstützung des Engagements lokaler Initiativen;                      flächendeckender Ausbau von Pflegestützpunkten;                      Fortentwicklung von für ältere Menschen zeitgemäßen, individuell gestaltbaren Wohn- und Betreuungsformen im ganzen Land, als Ergänzung zum klassischen Alten- und Pflegeheim;                      Förderung von Wohnprojekten, in denen verschiedene Generationen Verantwortung füreinander übernehmen;;                      Ausweitung des Modells von Projektwochen für alle Schulen im Lande;                      Einrichtung von Sozial-Praktika in allen Schulen;</p>	<p>Sicherung der gesellschaftlichen und politischen Teilhabe älterer Menschen in unserer Gesellschaft;                      Sorge dafür, dass sie mitreden, mitbestimmen und mitgestalten;                      Verwirklichung einer aktivierenden Seniorenpolitik, in der älteren Menschen nicht das Objekt von Fürsorge sind, sondern in ihrer Selbstständigkeit gestärkt werden;                      Teilhabe am Arbeitsleben durch lebensbegleitendes Lernen, aktiven Gesundheitsschutz und Anpassung des Arbeitslebens an eine alter werdende Erwerbsgesellschaft;                      Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe durch Mitwirkung an der politischen Willensbildung                      Unterstützung von Projekten wie Mehrgenerationenhäuser und Partnerschaftsmodelle;                      gesellschaftliche Anerkennung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements gerade älterer Menschen;                      barrierefreie Wohnungen und Verkehrssysteme sowie eine Pflegepolitik, die selbständige Lebensführung in der gewohnten häuslichen Umgebung so lange wie möglich sicherstellt;</p>	<p>Verbesserung der Beschäftigungslage älterer Bürgerinnen und Bürger;                      Stärkung der freiwilligen Dienste aller Generationen und der Selbsthilfe in der Bürgergesellschaft;                      Eindämmung der drohenden Gefahr der Altersarmut;                      "demographiefeste" Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme;                      Unterstützung älterer Menschen in ihrer Bereitschaft, sich ehrenamtlich einzubringen;                      Erleichterung lebenslangen Lernens durch bedarfsgerechte Angebote und weitere Unterstützungsleistungen;                      Stärkung der Arbeit der Seniorenräte;                      Voranbringen geriatrische und die ontologische Rehabilitation und Forschung;</p>	<p>Nutzung der Fähigkeiten und Kenntnisse, die Menschen im Laufe ihres Lebens erworben haben;                      Entwicklung von geeigneten Aus- und Weiterbildungen für ältere Arbeitnehmer, die es ihnen ermöglichen, tatsächlich bis zum Rentenalter erwerbstätig zu sein;                      verstärkte Nutzung der spezifischen Kompetenzen älterer Menschen, die sich gerne aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen und es mitgestalten wollen;                      Stärkung der unabhängigen Beratung für Menschen mit Pflegebedarf, die Unterstützung bei der Bewältigung ihres Alltags benötigen;                      Barrierefreiheit, auch im Wohnungsbau;                      Unterstützung neuer Wohnformen für Ältere; Mehrgenerationenhäuser und -projekte weiter voranbringen;                      Einsatz für selbstbestimmte Wohnformen, zum Beispiel Senioren Wohn- und- Hausgemeinschaften;</p>	<p>Rücknahme der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre;                      gesetzliche Rentenversicherung muss wieder ins Zentrum der Alterssicherungspolitik rücken;                      Einbeziehung aller Bürger, ob arm oder reich, in die gesetzliche Rentenversicherung;                      Erhöhung und schrittweise Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze;                      Abschaffung sämtlicher Kürzungsfaktoren und weitere Dynamisierung der Rente;                      gerechterer Rentenanspruch für Frauen, insbesondere durch Anerkennung von Kindererziehungszeiten, sowie für Geringverdienende und für Menschen mit unterbrochenen Erwerbsarbeitsbiografien;                      Subventionierung des Solidarausgleichs statt staatlicher Förderung der privaten Versicherung und der Versicherungskonzerne;                      Einsatz für eine bessere Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben;                      kostengünstige Senioren-Taxi-Tarife in ländlichen Gebieten, verbilligte Eintrittskarten bei kommunalen Veranstaltungen,                      Unterstützung von Seniorenvertretungen in den Landkreisen;                      Befürwortung von Wohnalternativen wie Mehrgenerationenhäuser in kommunaler Verantwortung;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Innen und Recht / Inneres</b>	<p>Inneres: Konsequente Bekämpfung der Feinde unserer Rechtsordnung;; Videoüberwachung öffentlicher Gebäude und wichtiger öffentlicher Plätze, gesetzliche Verpflichtung zur Abgabe einer DNA-Speichelprobe von jedem, der erkennungsdienstlich behandelt wird; Nutzung der neuesten technischen Möglichkeiten, um die Bürger zu schützen;</p>	<p>Generelles Verbot von großkalibrigen Waffen für Privatpersonen; strengere Kontrolle, wer überhaupt eine Waffe besitzen darf; Verschärfung des Waffenrechts, bessere Kontrollmöglichkeiten für die Waffenbehörden; scharfe Munition soll nicht im Privathaushalt aufbewahrt werden dürfen;</p> <p>Bürgernaher, unabhängiger und effektiver Datenschutz; Anpassung des Datenschutzrechts an die Gegebenheiten der globalen Netzwelt; grundsätzliches Verbot der sachfremden Weitergabe personenbezogener Daten; Stärkung des Datenschutzbeauftragten; Bündelung des Datenschutzes in einer „ministerialfreien Datenschutzbehörde“, direkte Angliederung als oberste Landesbehörde an den Landtag; eigenständiges Arbeitnehmerdatenschutzgesetz; effektive Verfolgung von Online-Kriminalität;</p>	<p><u>Inneres:</u> Verhinderung bzw. Abschaffung unverhältnismäßiger Grundrechtseingriffe wie präventive Telefonüberwachung, Vorratsspeicherung ohne konkreten Tatverdacht, automatische Kennzeichenerfassung von Fernfahrzeugen und elektronischen Entgeltnachweis; Abschaffung der Kundenstammdatenabfrage; Entnahme von DNA beim Menschen sowie Speicherung, Verarbeitung oder Weitergabe der DNA-Muster nur dann, wenn sie der Verfolgung von Straftaten erheblicher Bedeutung dient; Schaffung präziser rechtlicher Rahmenbedingungen für die Videoüberwachung durch Private; Schaffung einer gesetzlichen Regelung für den Adresshandel; Abschaffung von Tanzverboten an Sonn- und Feiertagen; Verabschiedung eines Informationsfreiheitsgesetzes auf Landesebene; Verankerung eines Grundrechts auf Datenschutz in der Verfassung; Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit der Ehe; Verteidigung von Pressefreiheit und Redaktionsgeheimnis durch präzisere Vorschriften über die Zulässigkeit von Durchsuchungen und Nutzung von Zufallsfunden in Redaktionsräumen und bei Redakteuren;</p>	<p><u>Inneres:</u> Verhinderung der schleichenden Entwicklung zum Überwachungsstaat; unnötige bzw. übertriebene Maßnahmen der letzten Jahre rückgängig machen; Überprüfung aller in den letzten 10 Jahren eingeführten Sicherheitsgesetze und -maßnahmen; Begrenzung der Laufzeit von Sicherheitsgesetzen und -maßnahmen im Regelfall auf fünf Jahre; Einhaltung der durch die Rechtsprechung gesetzten Normen bei präventiven Telekommunikationseingriffen durch alle Landesbehörden; Ablehnung insbesondere von Onlinedurchsuchungen; Begrenzung der Datenspeicherung auf klare Verdachtsfälle im Zusammenhang mit Straftaten; regelmäßige Beteiligung des Landesbeauftragten für den Datenschutz; keine regelmäßiges verdachtsunabhängiges und großflächiges Scannen von Autoschildern; keine weiteren Befugnisse zur Videoüberwachung öffentlicher Räume für die Kommunen; Beschränkung der polizeilichen Befugnis zur Videoüberwachung gemäß der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auf ausgewiesene Gefahrenstellen; Schaffung eines starken unabhängigen Datenschutzzentrums; umfassender Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit; Neuregelung der Eingriffsmög- →</p>	<p>Datenschutz als Schutz der Bürger gegenüber dem Staat wie auch der Arbeitnehmer gegenüber den Arbeitgebern; Ablehnung der Videoüberwachung von Bürgerinnen und Bürgern;</p> <p>Informationsfreiheitsgesetz, dass jeder Person einen voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen oder amtsähnlichen Informationen gewährt; sie schlafen</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Innen und Recht / Inneres (Forts.)	<p><u>Innere Sicherheit:</u> Ergänzung und Modernisierung der Ausstattung der Polizei, landesweite Einführung des Digitalfunks; Verbesserung der Besoldungsstrukturen sowie zusätzlicher Aufstiegsmöglichkeiten für die Polizei; Schaffung der stellenrechtlichen Voraussetzungen, damit Verwaltungsbeamte auch auf Vollzugsstellen befördert werden können; Verbesserung der Altersstruktur der Polizei durch vorgezogene Neueinstellungen von Polizeibeamten; mehr Ausbildungsplätze bei der Polizei; Sicherstellung, dass die Polizistinnen Familienzeit nehmen können, ohne dass dadurch die Personalstärke leidet; Zugbegleiter in Nahverkehrszügen, vor allem abends; Bekämpfung von übertriebenem Alkoholkonsum, rechtssichere Grundlage für die Kommunen, damit sie den Alkoholkonsum auf öffentlichen Brennpunktplätzen verbieten können; Stärkung der Idee der Sicherheitspartnerschaften zwischen Land und Kommunen in allen Landesteilen; noch engere Vernetzung der Landkreise, Städte und Gemeinden mit der Polizei;</p>	<p>Verbesserung der Polizeipräsenz in der Fläche, Rückgängigmachung von Postenschließungen wo nötig, angemessener Ausstattung der Polizeireviere mit Personal; Einführung einer individualisierten, anonymisierten Kennzeichnung auf deren Einsatzanzügen; Sicherstellung im Vollzugsdienst, dass früh genug mit der Ausbildung von ausreichend Polizeianwärterinnen und -anwärtern begonnen wird, um die anstehende Pensionierungswelle auszugleichen; Stellenabbau stoppen; sofortige Neueinstellungen im Nichtvollzugsdienst, damit der Vollzugsdienst sich wieder auf seine originären Aufgaben konzentrieren kann; Ablehnung der Heraufsetzung der Altersgrenze; Einstellung von mehr Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst; Ablehnung der Übertragung von Aufgaben im Bereich der öffentlichen Sicherheit auf private Sicherheitsdienste;</p> <p>Unterstützung der Feuerwehren; Erhöhung des Anteils von Frauen und von Migrantinnen und Migranten; Ablehnung der Heraufsetzung der Altersgrenze auf 62 Jahre im Bereich der Berufsfeuerwehren;</p>	<p>Einführung einer anonymisierten individuellen, einsatzbezogenen Kennzeichnung auf Einsatzanzügen der Polizei; Verhinderung einer Verschärfung des Versammlungsgesetzes;</p> <p><u>Innere Sicherheit:</u> Leistungsfähigkeit und Ausstattung der Polizei, der anderen Sicherheitsbehörden, der Feuerwehr und der Hilfsorganisationen auf einem hohen Niveau halten; bessere Vernetzung der verschiedenen Organisationen und zeitnahe, koordinierte Einführung des Digitalfunks; Ablehnung von mehr Videoüberwachung im öffentlichen Raum; kein weiterer Personalabbau bei der Landespolizei; Abschaffung des freiwilligen Polizeidienstes in seiner bisherigen Form, Integration der vorhandenen Kräfte in die Projekte kommunaler Kriminalprävention; Abschaffung verdachtsunabhängiger Personenkontrollen; Stärkung des Ehrenamtes bei Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdiensten; Sicherstellung einer angemessenen Förderung der kommunalen Feuerwehren durch das Land; Vorantreiben der Forschung im Bereich des Zivil und Katastrophenschutzes; Zusammenführung der Zuständigkeiten für Polizei, Feuerwehr →</p>	<p>← lichkeiten von Polizei und Behörden gemäß Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts; Ausbau der Konzepte der Deeskalation im Vorfeld von und bei Demonstrationen; Begrenzung des Einsatzes polizeilicher Videokameras und Filmtechniken bei Versammlungen auf das für die Verfolgung konkreter Straftaten zulässige Maß, keine präventive Durchführung; Ablehnung der Forderung nach einem Alkoholverbot auf öffentlichen Straßen und Plätzen; Abschaffung des Alkoholverkaufsverbots zwischen 22 und 5 Uhr in den Verkaufsstellen;</p> <p>Bürgernahe Polizei; Ablehnung der Verlagerung von Polizeikompetenzen auf die Bundesebene und der geplanten Umwandlung des Bundeskriminalamts zu einer Bundespolizeibehörde mit weit reichenden Kompetenzen und Eingriffsmöglichkeiten in die Länderhoheit; Stopp des Trends zur Beschäftigung kommunaler Ordnungsdienste und privater Firmen, die Polizeiaufgaben übernehmen; angemessene Ausstattung, Ausbildung und Besoldung der Polizei; Reform der für die Wirtschaftskriminalität zuständigen Stellen, des Wirtschaftskontrolldienstes, der Wasserschutzpolizei und der Korruptionsdienststellen;</p>	<p>Personalaufstockung bei Polizei und kommunalen Ordnungsdienst in, um die gesellschaftlich notwendige öffentliche Ordnung und Sicherheit für die Bürger besser gewährleisten zu können; Ausweitung des Qualifizierungsprogramms und Anhebung des Stellenschlüssels für den gehobenen Dienst bei der Polizei auf mindestens 80 %, entsprechend auch bei Landesfeuerwehren und im Justizvollzug; unverzügliche Einführung des Digitalfunks;</p> <p>Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte, zum Beispiel durch Namensschilder oder individuelle Identifizierungsnummern; Gewährleistung unabhängiger, umfassender, unmittelbarer und unparteiischer Untersuchungen, wenn Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen gegen die Polizei erhoben werden; Verbot des Tragens von Schusswaffen im alltäglichen Streifendienst sowie bei Demonstrationen und Großveranstaltungen; Einführung einer vom Landtag beauftragten unabhängigen Kontrollkommission zur Aufklärung von Straftaten von Polizistinnen und Polizisten;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Innen und Recht / Inneres (Forts.)	<p>Gezielte Programme für Jugendliche mit Migrationshintergrund, wie beim einfinden in unserer Gesellschaft helfen;</p> <p>Verlängerung der Wartezeit bis zur Einbürgerung oder in schweren Fällen Ausschluss bei jeder strafrechtlichen Verurteilung; unverzügliche Abschiebung von Ausländern, die schwere Straftaten begehen, in ihre Herkunftsländer; Ablehnung der Einbürgerung bei verschweigen extremistischer Aktivitäten;</p> <p>noch stärkere Bündelung der Aktivitäten im Kampf gegen Internetkriminalität; konsequente Strafverfolgung vom "Schwarzhandel" mit Adressen, Diebstahl von persönlichen Daten bis hin zu illegalem Konto Abbuchungen;</p> <p>Garantie von Mitteln für Feuerwehren, Rotes Kreuz, Malteser Hilfsdienst, Johanniter-Unfallhilfe und vielen anderen Hilfsorganisationen auch in finanziell schwierigen Zeiten; weitere Förderung der Freiwilligen Feuerwehren;</p> <p>Stiften eines Preises für Zivilcourage;</p>		<p>← und Rettungsdienst im Innenministerium;</p> <p>schrittweise flächendeckende Einführung von Rauchmeldern in bewohnten Gebäuden;</p> <p>Intensivierung der Aktivitäten zur Vorbeugung von Straftaten; Ausbau der kommunalen Kriminalprävention; Schaffung eines Lehrstuhls für Kriminalitäts- und Gewaltprävention; Schaffung einer kommunalen Sicherheitspartnerschaft, in der sich Land und Kommunen insbesondere im Bereich der Kriminalprävention stärker vernetzen; Verdoppelung der finanziellen Mittel;</p> <p>keine weiteren Verschärfungen in Waffenrecht;</p> <p>Ablehnung eines eigenen Einsatzrechtes der Bundeswehr im Inneren;</p> <p>Ablehnung einer Aufweichung des rechtsstaatlichen Trennungsgebots von regulären Ermittlungsbehörden und Nachrichtendiensten, etwa durch die Einführung einer allgemeinen Anti-Terror-Datei;</p> <p>keine Zulassung einer Vermischung der Aufgaben von Verfassungsschutz und Polizei;</p> <p>Ablehnung jeglicher Bestrebungen zur weiteren Zentralisierung polizeilicher oder nachrichtendienstlicher Aufgaben;</p>	<p>Straffung und Bündelung der Führungsebenen bei den Landespolizeibehörden;</p> <p>Einführung eines umfassenden, unabhängigen Beschwerdemanagements, das alle Einrichtungen der Polizei erfasst; obligatorisches Tragen von individualisierten Kennzeichnungen ohne Namensnennung an der Uniform;</p> <p>verstärkte Anwerbung von Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst;</p> <p>Trennung zwischen Verfassungsschutz und Polizei muss bleiben; deutliche Einschränkung und effektivere Kontrolle des privaten Waffenbesitzes; regelmäßige, auch verdachtsunabhängige Waffenkontrollen; funktionsfähige Waffen und ihre Munition, mit Ausnahme von Jagdwaffen, sollen künftig getrennt und außerhalb von Privaträumen aufbewahrt werden;</p> <p>konsequente Bekämpfung von Geldwäsche und sonstiger Wirtschaftskriminalität; Verbesserung der Personalausstattung bei Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten in Anzahl und Qualität zur Verfolgung von Wirtschafts- und Finanzdelikten;</p>	<p>Klare Trennung zwischen polizeilichen, militärischen und geheimdienstlichen Aufgaben; keine Bundeswehreinsätze im Innern;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Innen und Recht / Inneres (Forts.)</b>	<p>(s. auch Wirtschaft/Arbeitsmarkt)</p> <p>Aufbau einer "Landesagentur für Migrationsfragen“, um die Zuwanderungspolitik effektiver zu steuern und Integrationsprojekte zu koordinieren;</p> <p>Unterstützung der einfacheren Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, sofern diese mit unserem Qualifikationsniveau vergleichbar sind; Abbau bürokratischer Hindernisse und Schaffung einer einheitlichen Anlaufstelle;</p> <p>Verlangen eines aktiven Bekenntnis zu unseren Grundwerten von allen, die auf Dauer bei uns leben, und der Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache;</p> <p>konsequente Leistungskürzungen oder Auferlegen von Bußgeldern für Integrationsverweigerer, die kein Interesse an unserem Zusammenleben zeigen, sich Integrationsangeboten entziehen oder sogar ihren Frauen oder Kindern den Deutschkurs verbieten;</p>	<p>Schaffung gleicher Bildungschancen als Schlüssel zur erfolgreichen Integration; Förderung der deutschen Sprache bereits im Kindergarten und in der Vorschule und Überprüfung der Kenntnisse;</p> <p>angemessene Bezahlung der Lehrkräfte für Integrations- und Orientierungskurse, Festanstellung gemäß TVöD;</p> <p>Angebot der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben für diejenigen, die sich integrieren wollen;</p> <p>besseres Anerkennungsverfahren der von den zu uns kommenden Menschen mitgebrachten akademischen und beruflichen Abschlüsse;</p> <p>Abschaffung der Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie für Geduldete;</p> <p>Integration zur Chefsache machen, mit einem zentralen Ansprechpartner direkt im Staatsministerium als "Staatsminister für Integration";</p>	<p><u>Integration:</u> Fortentwicklung des Justizministeriums zu einem "Ministerium der Justiz und für Integration";</p> <p>Einrichtung einer "Leit- und Koordinierungsstelle Migrantenbildung" im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport;</p> <p>Erleichterung und übersichtliche Neugestaltung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle im Land für die Anerkennung;</p> <p>Fortentwicklung der interkulturellen Öffnung der Landesverwaltung mit einem Aktionsplan, gezielte Werbung um Auszubildende mit Migrationshintergrund, verstärkte Einstellung qualifizierter Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst, insbesondere bei der Polizei und in den Bereichen Schule und Kinderbetreuung;</p> <p>landesweiter Ausbau des Gesundheitsprojekts "mit Migranten für Migranten"</p> <p>Beseitigung von Sprachbarrieren und Informationsdefiziten;</p> <p>Einrichtung pauschal finanzierter Notaufnahmepläne für Mädchen und junge Frauen, die vor einer Zwangsheirat oder wegen „Gewalt im Namen der Ehre“ fliehen oder Schutz suchen; Fortführung der Online-Beratung gegen Zwangsheirat;</p>	<p><u>Integration:</u> mehr Teilhabemöglichkeiten und Chancengerechtigkeit für Immigranten und ihre Kinder; Erleichterung der Einbürgerung; berufliche Integration; interkulturelle Kompetenz als wichtiges Einstellungskriterium auf allen Ebenen des öffentlichen Dienstes;</p> <p>stärkere Berücksichtigung der Muttersprachen starker Migrantengruppen bei der Sprachauswahl an den Schulen; Ermöglichung für Seiteneinsteiger mit Migrationshintergrund zum Einstieg in den beruflichen Schuldienst, Angebot einer berufsbegleitenden Qualifizierung für alle Schularten; Stipendienprogramme für angehende Lehrer mit Migrationshintergrund;</p> <p>Ermöglichung der doppelten Staatsbürgerschaft;</p> <p>Ausweitung des Kommunalwahlrechts auf Nicht-EU-Bürger, die seit mindestens drei Monaten in ihrer Kommune wohnen;</p> <p>Einrichtung eines Integrationsministeriums;</p> <p>Vereinfachung des Familiennachzugs;</p>	<p><u>Integration:</u> umfassende Förderprogramme zur vollen beruflichen und sozialen Gleichstellung von Menschen mit Migrationshintergrund; aktives und passives Wahlrecht auf allen Ebenen für alle Menschen mit Lebensmittelpunkt in Baden-Württemberg;</p> <p>unter den Gesichtspunkten der Integration grundlegend verändertes Bildungs- und Ausbildungssystem mit Vorschulförderung, interkultureller Jugendarbeit sowie geschlechtersensiblen Bildungsprogrammen und Projekten;</p> <p>Angebot von Ausbildungsplätzen, das die Bedürfnisse und Interessen von Migranten berücksichtigt;</p> <p>Einstellung von mehr Lehrern und Erziehern mit Migrationshintergrund; Maßnahmen, die einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt fördern; einheitliche, erleichterte und beschleunigte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen;</p> <p>Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft und Erleichterung der Einbürgerung durch Abschaffung der Optionspflicht; Stärkung der Integrationsbeauftragten; Ausbau von Beratungs- und Hilfeangeboten für Frauen und Mädchen in Not; Förderung von Projekten der Selbstorganisation zum Schutz von Frauen und Kindern vor Menschenhandel und Gewalt;</p>



CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Innen und Recht / Inneres (Forts.)			<p>Ausbau der Existenzgründerberatung von Migrantinnen und Migranten, Förderung der Ausbildungsbereitschaft ausländischer Unternehmer und Selbstständiger; Einführung einer Akademie für Islamstudien;</p> <p>Ermöglichung einer besseren finanziellen Ausstattung des Lehrpersonals von Integrationskursen;</p> <p>Abschaffung der Residenzpflicht im Asylverfahren auf Landesebene;</p> <p>Schaffung eines nachhaltigen Bleiberechts, dass vor allem das Kindeswohl in den Vordergrund stellt;</p> <p>Ausbau der bestehenden kommunalen Netzwerke von Integrations- und Bildungslotsen zu einem Landesnetzwerk;</p>		
------------------------------------	--	--	---	--	--

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Innen und Recht / Inneres (Forts.)</b>	<p><u>Kunst und Kultur</u>: auch in Zukunft Förderung und Unterstützung von Museen und Theatern, Orchestern, Gedenkstätten, Schlössern und Gärten; dezentrales Kulturangebot, das alle Menschen in Baden-Württemberg erreicht, in den Ballungsgebieten ebenso wie im ländlichen Raum; Ermöglichung des Zugangs zu Kulturangeboten für möglichst alle Menschen, Weiterentwicklung der kulturellen Bildung etwa durch die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Kultureinrichtungen; Förderung kultureller Einrichtungen auch im Sinne der Integration; Weitere Unterstützung professioneller Angebote sowie von Laienangeboten; Erhalt und Ausbau des vielfältigen, flächendeckenden Kunstangebots in der Spitze und der Breite; Schaffung von Freiräumen für neue Akzente;</p>	<p>Verlässliche Förderung von Kunst und Kultur, insbesondere auch der freien Kulturszene; sachlich, zeitlich und finanziell geschlossenes Umsetzungsprogramm für die Kulturkonzeption 2020;</p>	<p><u>Kultur</u>: Bündelung der Zuständigkeit für Kulturpolitik in einem bestehenden Ministerium; Verbesserung der Bedingungen und Anreize für ehrenamtliches Engagement im Bereich Kunst und Kultur, Ausbau der Angebote für ein freiwilliges kulturelles Jahr; Schaffung einer stärkeren Vernetzung der Museumslandschaft; Gewährleistung einer ausgewogenen Förderung von Kulturprojekten in allen Regionen; Unterstützung der Einrichtung eines Lehrstuhls für Theaterwissenschaften; Gewährleistung der Förderung der Jugendkunst- und Jugendmusikschulen; Weiterentwicklung der Kunst- und Kulturförderung unter Beibehaltung der bewährten Finanzierung aus den Erträgen der staatlichen Lotterien und der Spielbankabgabe; Förderung des Einsatzes privater Mittel insbesondere in Form privaten Stiftungskapital; gleichberechtigte Weiterentwicklung der dualen Rundfunkordnung; Wahrung der Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks; Neuordnung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf der Grundlage des Modells eines haushalts- und betriebsstättenbezogenen Rundfunksbeitrags;</p>	<p>Ermöglichung kultureller Teilhabe für alle Bevölkerungsschichten; Sicherung und ständige Förderung der kulturellen Vielfalt; ausreichende Mittel für Denkmalschutz; verlässliche Künstlersozialversicherung; Neuausrichtung des Verhältnisses von institutioneller Förderung und Projektförderung; Stärkung der interkulturellen Kulturarbeit; interkulturellen Öffnung aller Kultureinrichtungen; angemessener Anteil von Beschäftigten mit interkulturellen Hintergrund, Ausrichtung auf ein interkulturelles Publikum, Aufgreifen des Themas Migration und anderer interkultureller Fragestellungen in Programmen; Stärkung der kulturellen Bildung, bessere Zusammenarbeit zwischen Kulturschaffenden, Kulturträgern und Bildungseinrichtungen der Kommunen und des Landes; Integration der kulturellen Bildung in den Schulalltag; Einrichtung eines Lehrstuhls für Kultur- und Theaterpädagogik; Einführung eines Kulturfonds für innovative Projekte und Initiativen im Rahmen der Baden- Württemberg-Stiftung; verstärkte Einbindung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in kulturpädagogische Konzepte; Unterstützung der Filmkultur; Unterstützung von Festivals und festen Kultureinrichtungen im ländlichen Raum;</p>	

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
Innen und Recht / Bürgerbeteiligung, Direkte Demokratie		<p>Senkung der Hürden für Volksbegehren und Volksabstimmungen auf ein realistisches Niveau; Reduzierung der Zahl der notwendigen Unterschriften auf 5 % der Stimmberechtigten, Verlängerung der Eintragsfrist auf sechs Monate, freie Unterschriftensammlung; Aufwertung des "Antrags auf Zulassung eines Volksbegehrens" zu einer Volksinitiative; Öffnung des Weges zu Volksabstimmungen über zentrale politische Weichenstellungen; Abschaffung des bisherigen Quorums bei der Abstimmung über einfache Gesetze; Senkung der Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Städten und Gemeinden; Einführungs der Online-Petition neben den klassischen Petitionsformen; Einrichtung der öffentlichen Petitionen; Durchführung einer verbindlichen landesweiten Volksabstimmung über die Landesbeteiligung zu Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Stuttgart/Ulm; Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahren bei Kommunal- und Landtagswahlen, Verankerung der Stellung von Jugendgemeinderäten in der Gemeindeordnung; kommunales Wahlrechts für Menschen, die nicht aus EU-Ländern kommen, aber seit mehr als drei Jahren in Deutschland leben;</p>	<p>Ausbau der Möglichkeit des Volksbegehrens und der Volksabstimmung; Quorum von 10 % der Wahlberechtigten; keine Volksabstimmung über Abgabengesetze, Besoldungsgesetze und das Staatshaushaltsgesetz; Weiterentwicklung des Landtagswahlrechts in Baden-Württemberg zu einer personalisierten Verhältniswahl mit zwei Stimmen; Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten mit dauerhaftem Bleiberecht, die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig im Land aufhalten; Novellierung der Gemeindeordnung, Stärkung der Ortschaftsverfassung, Wahl der Ortsvorsteher vom Ortschaftsrat ohne zusätzliche Mitwirkung des Gemeinderats und Abschaffung der unechten Teilortswahl;</p>	<p>Stärkung der direkten Demokratie, Stärkung von Möglichkeiten direkter Demokratie in den Kommunen, Abschaffung des Ausschlusskatalogs, Ermöglichung insbesondere von Bürgerbegehren zu Fragen der kommunalen Bauleitplanung; Bürgerbegehren und -entscheide auf Landkreisebene, Erleichterung von Volksbegehren und Volksentscheiden auf Landesebene; Verlängerung der Fristen; Möglichkeit, Unterschriften auch außerhalb von Rathäusern sammeln zu können; Absenken des Quorums beim Volksbegehren; Schaffung der Möglichkeit einer Volksinitiative, um den Landtag zur Beschäftigung mit politischen Anliegen aus der Bürgerschaft zu verpflichten; Ermöglichung von Volksinitiative und Volksentscheid zu "Stuttgart 21";</p>	<p>deutliche Senkung der für ein Bürgerbegehren notwendigen Unterschriftenanzahl ohne Einschränkung durch eine Frist; Abschaffung der so genannten Kostendeckungsklausel als Zulassungsvoraussetzung; kein Ausschluss von Bauleitplänen als Gegenstand von Bürgerbegehren; Ermöglichung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auch auf Landkreisebene; Ermöglichung von Einwohneranträgen; Senkung der Zahl nötige Unterschriften für ein landesweites Volksbegehren auf 5 % der Wahlberechtigten und Einräumung von sechs Monaten mindestens für die Unterschriftensammlung; Unterschriftenleistung in freier Sammlung oder auf den Rathäusern; direkte Wahl der Landräte in den Landkreisen und der Bezirksbeiräte in den Städten; Reduzierung der Amtszeit von Bürgermeistern auf sechs Jahre; Einführung einer Zweitstimme für die Landeslisten bei Landtagswahlen; konsequente Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts: ab dem 16. Lebensjahr sollen alle unabhängig von der Staatsangehörigkeit dazu berechtigt sein, dort zu wählen, wo sie leben und wohnen;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Innen und Recht / Justiz</b>	<p><u>Justiz:</u> Bekämpfung der Jugendkriminalität, Ausbau der Prävention; Warnschussarrest und Entzug des Führerscheins bzw Fahrverbote für junge Menschen; Ablehnung der "Entkriminalisierung" von Delikten wie Graffiti-Schmierereien, Schwarzfahren und Ladendiebstahl sowie Besitz von Rauschgift;</p> <p>Erhöhung der Höchststrafe im Jugendstrafrecht auf 15 Jahre, grundsätzliche Anwendung des Erwachsenenstrafrechts bei schweren Straftaten wie Totschlag oder Mord auch bei Heranwachsenden; bei Sexualstraftätern Unterstützung aller Lösungen, die dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger genauso Rechnung tragen wie den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte;</p>	<p>Gewährleistung des Zugangs zur Justiz und des Rechts auf ein faires Verfahren für die Bürgerinnen und Bürger; entsprechende Aufstockung der Stellen in der Justiz, um überlange gerichtliche Verfahrensdauer und Überlastung der Justiz zu vermeiden;</p> <p>Ablehnung der Privatisierung von Gefängnissen;</p>	<p><u>Justiz:</u> weiteres Vorantreiben des Modernisierungsprozesses in der Justiz; Ausweitung des elektronischen Rechtsverkehrs; Weiterführung der Arbeiten an der elektronischen Akte, dem elektronischen Vereinsregister und einem elektronischen Testamentsregister; Umsetzung der Notariats- und Grundbuchamtsreform bis 2018;</p> <p>Erhaltung der gegenwärtigen Personalstärke der Justiz; Zusammenführung der Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit unter einem gemeinsamen Dach;</p> <p>Erweiterung des Hauptstrafenkatalogs des Erwachsenenstrafrecht um geeignete Maßnahmen aus dem Jugendstrafrecht, statt für Heranwachsende nur eine Bestrafung nach Erwachsenenstrafrecht zuzulassen;</p> <p>Ausweitung der Möglichkeiten der außergerichtlichen Streitbeilegung;</p> <p>Einführung angemessener Gebühren für das sozialgerichtliche Verfahren;</p> <p>Ausbau von Telearbeitsplätzen in der Justiz, um familienfreundliche Arbeitsplätze zu gewährleisten;</p> <p>flächendeckende Installierung von Handystörsendern in den Justizvollzugsanstalten;</p> <p>Reform der Prozesskosten- und Beratungshilfe;</p>	<p>Stärkung der unabhängigen Justiz; vollkommene organisatorische Herauslösung der Justiz aus dem Justizministerium; Selbstverwaltung mit neu zu schaffenden Organen, an deren Besetzung das Parlament einen bedeutenden Anteil haben soll;</p> <p>Strukturreform: Bündelung der Gerichtsstandorte im Bereich der Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit; Auflösung der Außenstellen von Justizvollzugsanstalten;</p> <p>Delegation von Verwaltungskompetenzen des Justizministeriums an die neu zu schaffenden Selbstverwaltungsorgane der Justiz;</p> <p>gesetzliche Festschreibung der Fortbildungspflicht für Richter und Staatsanwälte;</p> <p>Ablehnung einer Einschränkung der Beratungs-, Prozesskosten- und Verfahrenskostenhilfe; Sozialgerichtsverfahren müssen grundsätzlich gerichtskostenfrei bleiben;</p> <p>Verbesserung der Möglichkeiten der außergerichtlichen Einigung, bspw durch Mediation;</p> <p>Ablehnung der Privatisierung der Bewährungs- und Gerichtshilfe, der Teilprivatisierung der Justizvollzugsanstalt Offenburg und weiterer Pläne dieser Art;</p> <p>Änderung des Strafvollzugs für Heranwachsende; keine Überführung in den Erwachsenenvollzug statt in den Jugendvollzug;</p>	<p>Reform des soeben verabschiedeten Strafvollzugsgesetzes und des Polizeigesetzes;</p> <p>Einrichtung einer unabhängigen Institution eines Beauftragten für Gefangene und Justizvollzug;</p> <p>Beendigung und Rückgängigmachung der Privatisierung des Strafvollzugs und der Bewährungshilfe;</p> <p>Bleiberecht für alle von Verfolgung, Folter und Tod bedrohten Menschen, sie dürfen nicht dem Strafvollzug unterworfen werden; jeder Richter des Landes wird durch einen Richterwahlausschuss gewählt; dieser besteht aus 12 Mitgliedern, davon werden sechs vom Landtag, die übrigen von den jeweiligen Richtervertretungen gewählt;</p> <p>Umwandlung des Landesamtes für Verfassungsschutz in ein von der Landesregierung unabhängiges wissenschaftliches Institut, das die Einhaltung der Verfassung und die Respektierung von Bürgerrechten laufend überprüft und darüber berichtet; Analyse und Auswertung der Programme und Aktivitäten aller politischen Parteien und Bewegungen gleichermaßen;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Landwirtschaft und Verbraucherschutz</b>	<p>Flächendeckende, an die Landschaft angepasste Landbewirtschaftung durch selbstständige, wettbewerbsfähige Unternehmen; verlässliche Unterstützung der Landwirte; ausreichende, direkte finanzielle Förderung auch nach 2013; Direktzahlungen an die Betriebe unverzichtbar;</p> <p>im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik der EU starke erste Säule zur Grundsicherung landwirtschaftlichen Einkommens, gut ausgestattete zweite Säule als Ausgleich für die Leistungen der Landwirtschaft für die gesamte Gesellschaft;</p> <p>Erschließung neuer Chancen für die klein strukturierte Landwirtschaft in Baden-Württemberg gemeinsam mit den Betrieben; Unterstützung der landwirtschaftlichen Betriebe bei der Erschließung neuer Einnahmemöglichkeiten; Weitere Erhöhung des Anteils der Bioenergie; aber Vermeidung einer Konkurrenz zur Lebens- und Futtermittelproduktion;</p> <p>restriktive Anwendung der geltenden Regeln zur grünen Gentechnik; Ablehnung von Patenten auf Tiere und Pflanzen; Ablehnung von Bestrebungen der EU, den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen national zu regeln;</p>	<p>Bewahrung der landschaftlichen Vielfalt; Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des ländlichen Raumes im Bereich der Verkehrswege, beim schnellen Internet und bei der Vielfalt und Qualität der Bildungsangebote sowie bei einer flächendeckenden Gesundheits- und Ärzteversorgung;</p> <p>Sicherung der Arbeitsplätze auf dem Land und einer nachhaltigen Landbewirtschaftung; Anstreben einer Landwirtschaft, in der die bäuerlichen Betriebe Lebensmittel, Rohstoffe und Energie erzeugen und sich, wo dies sinnvoll ist, in den Natur- und Landschaftsschutz einbringen;</p> <p>Stärkung der Position der Landwirte durch einen möglichst großen Anteil an der Wertschöpfungskette und Direktvermarktung oder genossenschaftliche Vertriebsformen; Harmonisierung der Umwelt- und Tierschutzstandards auf hohem deutschen Niveau;</p> <p>verstärkter Ausbau des ökologischen Landbaus; Umlenkung von Fördermitteln vor allem auf kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe, die den Zielen des integrativen Naturschutzes genügen; Verbot der Ausbringung von gentechnisch verändertem Saatgut, sobald dies rechtlich möglich ist;</p>	<p>Unterstützung einer unternehmerischen, mittelstandsfreundlichen und nachhaltigen Agrarpolitik; Nutzung der Reform der europäischen Agrarpolitik für eine deutliche Vereinfachung und Entbürokratisierung;</p> <p>Beibehaltung der bestehenden Anbauregelungen im Weinbau auf EU-Ebene; Schaffung spezieller geschützter Ursprungsbezeichnungen für den Steillagenweinbau; Erhalt der einzelbetrieblichen Investitionsförderung zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit; Beschränkung des Programms auf innovative Entwicklungsschritte im Tierhaltungsbereich sowie im Garten- und Obstsektor; Unterstützung besonders von Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Risikoabwehr;</p> <p>Anpassung der Förderpraxis im Bereich der Flurneuordnung an die neuen technischen Möglichkeiten; Stärkung eigener Vermarktungsinitiativen zur Verbesserung der Wettbewerbssituation der Erzeuger; Abschaffung von Subventionen, die eine Ausweitung der produzierten Milchmenge verursachen;</p> <p>Entbürokratisierung der europäischen Agrarpolitik, Vereinfachung bei der Abwicklung der EU-Programme</p>	<p>Grüne Agrarwende: Erhalt einer regional verankerten, nachhaltigen Land- und Waldwirtschaft; Umschichtungen der EU- Agrarsubventionen konsequent von der ersten auf die zweite Säule, Ausrichtung aller Förderprogramme im Land an ökologischen Kriterien; grundsätzliche Umstellung des Fördersystems, Deckelung und Offenlegung der EU-Agrarsubventionen; ökologische Weiterentwicklung der Biogasnutzung;</p> <p>Stärkung und Weiterentwicklung der naturnahen Waldwirtschaft, Ausrichtung des neuen Forstbetriebes stärker an Umwelt- und Sozialkriterien; Unterstützung der natürlichen Verjüngung der Wälder durch ein verbessertes Wildmanagement;</p> <p>stärkere Unterstützung des Ökolandbaus durch Beratung und Förderung umstellungswilliger Betriebe und bessere Regionalvermarktung;</p> <p>Ausweitung des Bio Land Baus und Stärkung einer Klima- und naturschutzgerechten Landwirtschaft; Förderung regionaler Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen; Umstrukturierung der Fördersysteme, Einföhrung einer nachfrageorientierten Milchmengenregelung;</p> <p>Stabilisierung bäuerlicher Familienbetriebe;</p>	<p>Förderung von Betrieben und Genossenschaften des Biolandbaus vor allem im Übergang von konventioneller zu nachhaltiger Feldbewirtschaftung; Förderung der regionalen Vermarktung, Unterstützung kleiner Genossenschaftsmolkereien;</p> <p>Unterstützung der Landwirte als Energiewirte bei der Nutzung von Windkraft, Photovoltaik und Biogas aus Abfallprodukten;</p> <p>keine Gentechnik in der Landwirtschaft, kein Import von genmanipulierten Produkten;</p> <p>keine Subventionen im Gießkannenprinzip und keine Subventionierung der Lebensmittelindustrie; vertragliche Festlegung der Liefermengen, um Überproduktion zu vermeiden;</p> <p>Subventionen für Landschaftspflege und Artenschutz für Agrarbetriebe;</p> <p>personelle Aufstockung der Landwirtschaftsämter;</p> <p>Agrarförderung des Landes und der EU nur noch für nachhaltig wirtschaftende Betriebe;</p> <p>Vorhaltung von mindestens 10 % der landwirtschaftlichen Flächen als ökologische Vorrangflächen; Verkaufsverbot für Holz aus nicht nachhaltiger Waldwirtschaft; Erhöhung des Anteils der Bannwälder mittelfristig auf mindestens 5 % der Waldfläche des Landesforsts;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Forts.)</b>	<p><u>Verbraucherschutz:</u> Stärkung des Wissens der Verbraucher, damit sie sich ein zutreffendes Urteil über Waren und Dienstleistungen bilden können; gesetzliche Regelungen erst dann erforderlich, wenn Verbraucher sich nicht selbst vor Beeinträchtigungen ihrer Gesundheit oder wirtschaftlichem Schaden schützen können; Schutz vor gesundheitlichen Risiken gerade im Ernährungsbereich als Ziel; lückenlose Transparenz vom Acker bis auf den Teller; Umsetzung einheitlicher Rahmenbedingungen für artgerechte Nutztierhaltung und tierschutzgerechte Verarbeitung auf europäischer Ebene; Ernährungserziehung an Kindergärten und Schulen; unverändert aber die Eltern in der ersten Verantwortung für die gesunde Ernährung ihrer Kinder; allgemein verständliche, verbindliche und umfassende Information über Finanzanlagen, Altersvorsorgeverträge, Versicherungen und Kreditgeschäfte; Stärkung des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes; Verhinderung von Datenmissbrauch, etwa im Rahmen einer unerwünschten Telefonwerbung oder durch nicht erlaubte kommerzielle Weitergabe persönlicher Daten;</p>	<p><u>Verbraucherschutz:</u> Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher auf Information und Schutz vor wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schäden; Schaffung einer leistungsfähigen Beratungsinfrastruktur, gerade bei beratungsintensiven Themen wie Altersvorsorge, Versicherungen oder Baufinanzierung; Erhöhung der Anzahl der unabhängigen Verbraucherberatungsstellen; gesetzliches Verbot von Telefon-Abzocke oder Abo-Fallen im Internet; bei Internetgeschäften sogenannte Bestätigungsbutton-Lösung; verbesserte Kennzeichnung und Kontrolle von Finanzprodukten; Verstärkung der anbieterunabhängigen Beratung; Ermöglichung für die Verbraucherzentrale, bei Gesundheitsdienstleistern unabhängige Informationen bereitzustellen und Rechtsverstößen entgegenzutreten zu können; Förderung der Verbraucherbildung; Verstärkung der Verbraucherbildungsangebote für mehr Konsumkompetenz in der Schule; Schaffung von 60 zusätzlichen Stellen in Lebensmittelkontrolle und sonstiger Überwachung von Produkten; Qualitätszeichen Baden-Württemberg als verlässliches Gütesiegel;</p>	<p><u>Verbraucherschutz:</u> Fortsetzung der Förderung der Verbraucherzentrale auf dem derzeit hohen Niveau; Unterstützung der Arbeit der Verbraucherkommission als weitere wichtige Säule zur Evaluierung verbraucherspezifischer Problemlagen, zur Schaffung von Transparenz und als Anlaufstelle für Verbraucherinformationen; Transparenz und Prävention statt Verboten und Verbraucherbevormundung im Bereich der Ernährungs- und Lebensmittelwirtschaft; Verbesserung der Fahrgastrechte bei Bahn- und Flugreisen; Einsatz für effizienten Anlegerschutz, Stärkung der Verbraucherbildung im Finanzbereich, Einführung eines "Finanz-Führerscheins" in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen; Schließung von Transparenzlücken bei kostenpflichtigen Angeboten im Internet, verpflichtendes Bestätigungsfeld bei Vertragsabschlüssen im Internet; Schutz des informationellen Grundrechts auf Selbstbestimmung (?) auch in sozialen Netzwerken; Verbesserung des Verbraucherschutzes im Versorgungsbereich, beispielsweise durch intelligente Stromzähler;</p>	<p><u>Verbraucherschutz:</u> Erhöhung des Schutzes, der Information und der strukturellen Macht der Verbraucher in allen Lebensbereichen; Informationsrechte, Transparenz und Kennzeichnungspflichten, unabhängige und flächendeckende Verbraucherberatung sowie durchsetzungsstarke Verbraucherschutzorganisationen mit erweiterten Klagerechten; Überarbeitung der Vorschriften zur Kennzeichnung von Lebensmitteln; mehr Personal für die Lebensmittelüberwachung; besser ausgestattete und effizientere Kontrollinstanzen, die gefährliche und gesundheitsgefährdende Produkte sicher identifizieren können und Risiken neuer Technologie frühzeitig erkennen; Schutz vor unseriöser Finanzberatung, Telefon- und Internetwerbung; Zusammenführung der in zahlreichen Gesetzen zersplitterten Regelungen in einem Gesetz für Verbraucherschutz und Verbraucherinformationen bei Finanzdienstleistungen; Stärkung der Verbraucher- und Datenschutzrechte auch in der digitalen Welt;</p>	<p><u>Verbraucherschutz:</u> Integration der Lebensmittelüberwachungsbehörden in die Landespolizei und Aufstockung des Personals; häufigere Kontrolle von Nahrungsmittelindustrie, Vertrieb und Gastronomie; transparente und verständliche Lebensmittelkennzeichnung, zum Beispiel Ampelkennzeichnung; Verbot von Geschmacksverstärkern in Kindernahrung und von hormonellen wirksamen Chemikalien in der Industrie; Kostentransparenz und faire Beratung durch Banken und Versicherungen;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Umwelt und Energie</b>	<p>Förderung erneuerbarer Energien und Erhöhung der Anreize für Energieeffizienz und Energiesparen;</p> <p>Start einer breit angelegten Klimaschutzinitiative gemeinsam mit den Kommunen, der Wirtschaft, den Stadtwerken und den Umweltverbänden; kommunale Klimaschutzkonzepte, unternehmensbezogene Instrumente des Energiemanagements, Beratung und Initiativen zur Vernetzung;</p> <p>Vorantreiben der umfassenden energetischen Sanierung aller landeseigenen Gebäude;</p> <p>Vorantreiben und finanzielle Unterstützung der Erforschung der regionalen Klimaauswirkungen;</p> <p>Ausbildung von "Ökoexperten" an Schulen, die Energiesparmaßnahmen oder Umwelt- AGs begleiten;</p> <p>Ausbau des Freiwilligen Ökologischen Jahres;</p> <p>Entwicklung und Umsetzung eines praxisorientierten Modells zur Nachhaltigkeitsbildung in der beruflichen Ausbildung;</p> <p>Lärmschutz: Entwicklung leiserer Fahrbahnbeläge; Bereitstellung von Mitteln für den zügigen Ausbau anspruchsvoller Schallschutzmaßnahmen; ambitionierte Lärmreduzierung insbesondere im Schienenverkehr; Abschaffung des Schienenbonus der Bahn, verbindliche Lärmgrenzwerte für Züge;</p>	<p>Naturschutz: Herstellung eines Gleichgewichtes zwischen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Kriterien durch integrativen Naturschutzes; Finanzierung und Realisierung der Natura 2000-Flächen, Umsetzung des Biotopverbundplanes, Erweiterung und neue Ausweisung von Naturschutzgebieten; stärkere Ausrichtung der bestehenden Naturparks auf den Naturschutz; Entwicklung eines Großschutzgebietes im Schwarzwald;</p> <p>naturnahe Waldwirtschaft, Schutz von Mooren und Torflagerstätten; Stabilisierung der Wälder; Verstärkung der staatlichen Forstverwaltung;</p> <p>Novellierung des Jagdrechts;</p> <p>Beschleunigung der Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms (IRP), deutliche Verbesserung des Hochwasserschutzes, Erhöhung der Finanzmittel;</p>	<p>Kontinuierliche und nachhaltige Verbesserung der Umweltqualität; weitere Reduzierung auf Dauer der Belastungen der Umwelt; weitere Senkung des Anteils des Landes an der globalen Umweltbelastung insbesondere in den Bereichen Ressourcenverbrauch und Treibhausgas; Verminderung des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen;</p> <p>faire Teilung der Belastung für energetische Sanierungen zwischen Vermieter und Mieter;</p> <p>ambitionierte Umweltpolitik mit verantwortungsvoller Entwicklung von Schlüsseltechnologien als Motor für die Entwicklung und weltweite Vermarktung von Zukunftstechnologien; Stärkung der schulischen und außerschulischen Umweltbildung, Erweiterung des freiwilligen ökologischen Jahres; Beginn der Umweltbildung schon im Vorschulalter</p> <p>Stärkung der schulischen Umweltbildung durch mehr Umweltprojekte im schulischen und außerschulischen Bildungsbereich; stärkere Unterstützung der außerschulischen Umweltbildungsarbeit in der Jugend- und Erwachsenenbildung;</p> <p>Anerkennung des betrieblichen Umweltschutzes durch Änderung der Gebührenvorschriften auf kommunaler Ebene;</p>	<p>Eindämmung des Ressourcenverbrauchs fossiler Energien, von Rohstoffen für Konsumgüter, des Flächenverbrauchs und der Übernutzung von Wasser;</p> <p>Entwicklung eines neuen Wohlstandsbegriffs, nicht weiterhin undifferenziert mit Wachstum gleichgesetzt;</p> <p>Evaluierung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes und Weiterentwicklung auf einer fundierten Grundlage; Fortschreibung des Umweltplanes des Landes und konsequente Umsetzung;</p> <p>Schaffung eines konsequent nachhaltigen und ökologischen Beschaffungswesens bei den Landeseinrichtungen; ökologisches Gebäudemanagement, Materialeinsparung, Einsatz von Recyclingpapier, Bioessen in Kantinen, Nutzung von Ökostrom und verbrauchsarme Flotte;</p> <p>bessere Nutzung des energetischen Potenzials von Bioabfällen, Begrenzung des landesweiten Flächenverbrauchs und Einführung streng limitierter, handelbarer Flächenzertifikate als Steuerungsinstrument; Ausweisung neuer Baugebiete erst nach Ausschöpfung der bestehenden Potenziale und einer strengen Bedarfsprüfung;</p> <p>Vorrang der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung;</p> <p>wirksamer Schutz der Böden vor Erosion und Schadstoffeinträgen;</p>	<p>Soziale und ökologische Wende; Berücksichtigung der Ökologie in nahezu allen Politikfeldern: in der Wirtschafts-, der Verkehrs-, der Landwirtschafts- und Forstpolitik, beim Wohnungs- und Städtebau, bei der Energie- sowie in der Sozial- und Gesundheitspolitik;</p> <p>Priorität des Schutzes der biologischen Vielfalt bei allen Eingriffen in die Natur; Prüfung der Wirkung auf die Ökosysteme auch bei kleineren baulichen Maßnahmen; Einbeziehung aktiver Umweltgruppen in den Gemeinden;</p> <p>Aufnahme des Artenschutzes in die Landesverfassung;</p> <p>Erarbeitung und Umsetzung eines Moorschutzprogramms;</p> <p>Landesprogramm zur Förderung der „Grünen Infrastruktur“, zeitnahe Vorlage und Umsetzung eines landesweiten, flächenscharfen und behördenverbindlichen Biotopverbundplans für mindestens 10 % der Landfläche;</p> <p>Umsetzung und Sicherung der Biotopverbundplanung in den Flächenplanungen im Land;</p> <p>Einrichtung eines Ersten Nationalparks in Baden-Württemberg, der mit ausreichend Finanzmitteln für Aufbau und Betrieb ausgestattet wird;</p> <p>Schaffung eines Finanzierungsinstrumentes zur Erhaltung →</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Umwelt und Energie (Forts.)</b>	<p>Unterstützung der Landwirte bei der gewässerschonenden Bewirtschaftung der Flächen; Hochwasserschutz als zentrale Zukunftsaufgabe; Erhaltung bestehender Dämme, Ausarbeitung detaillierter Hochwasserrisikomanagementpläne bis 2015 entlang von Rhein, Donau und Neckar;</p> <p>Naturschutz: Weitere Vernetzung der 2500 Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete; Formulierung einer "Naturschutzstrategie 2020"; Verpflichtung zur Erhaltung von Lebensräumen und zum Schutz von Tier- und Pflanzenarten; Prüfung der Ausweisung eines weiteren Schutzgebietes; flächendeckender Ausbau von Landschaftserhaltungsverbänden im Land und Bereitstellung entsprechender Mittel;</p> <p>weitere Entwicklung und Ausbau der Wertschöpfung durch den Naturschutz in verschiedenen Bereichen;</p> <p>Wiederverwendung genutzter Flächen und Entwicklung im Ort vor Neubauten auf der grünen Wiese; steuerliche Anreize zur Stärkung der Innenentwicklung;</p> <p>Fortführung der Initiative "Umweltinnovationslabor Europas"; Fortsetzung der Initiative einer Nachhaltigkeitsstrategie mit Dialog und Partizipation;</p>		<p><u>Naturschutz</u>: neue Partnerschaft zwischen Naturschutz, nachhaltiger Landwirtschaft und umweltverträglichem Tourismus; Ausbau des UNESCO Biosphärengebietes "Schwäbische Alb" zu einem Beispiel für das Zusammenwirken von Naturschutz, Tourismus, Landwirtschaft und örtlichem Handwerk und Gewerbe zu nachhaltigem Wirtschaften;</p> <p>Ausrichtung des vorhandenen planerischen Instrumentariums und der Städtebauförderung auf flächensparende Stadtentwicklung;</p> <p>Unterstützung regionaler Gewerbeflächenpools und Maßnahmen der Flächenkartierung;</p> <p>Förderung eines abgewogenen Hochwasserschutzes, der das Hochwasserrisiko minimiert, ohne die durch Maßnahmen Betroffenen zu sehr zu belasten;</p> <p>weitere Zurückführung der Inanspruchnahme unbebauter Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke, verstärkte Nutzung des Potenzials der Innenentwicklung;</p> <p>vorrangige Behandlung der Lärmsanierung in den von übermäßiger Lärmbelastung betroffenen Gebieten der Städte und Gemeinden;</p> <p>intelligente Flächenplanung auf kommunaler Ebene zur Entschärfung von Lärmproblematik im Freizeitbereich; Streichung des schienen Bonus bei Eisenbahnneubaustrecken;</p>	<p>zügige und konsequente Sanierung von Altlastenflächen; landesweites Programm zur Renaturierung und Wiedervernetzung von Mooren;</p> <p>konsequente Neuausrichtung der konventionellen Landwirtschaft weg von der intensiven Bodenbearbeitung hin zu gezieltem Aufbau von Arten reichen und CO2 speichernden Humusböden;</p> <p>Anreize für sparsamen Umgang mit Wasser; vorausschauender Hochwasserschutz; durchgehende Gewässerrandstreifen und mehr Mittel für Renaturierung und Rückbau von Wanderungshindernissen für die Gewässerfauna;</p> <p>Recht auf gesundes Wohnen und gesunde Nahrungsmittel, Schutz vor Umweltgiften, Lärm und schädlicher Strahlung; vorsorgeorientierte und kindgerechte Grenzwerte und nachhaltige Produktion;</p> <p>bessere Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung von Lärmaktionsplänen und bei der Durchsetzung straßenverkehrsrechtlicher Maßnahmen;</p> <p>verstärkte Befassung der Forschungseinrichtungen des Landes mit der Technikfolgenabschätzung;</p> <p>Bewahrung der Artenvielfalt; Umsetzung der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt; Weiterentwicklung der Agrarförderprogramme und der forstlichen Förderung,</p>	<p>und Förderung des europäischen Naturerbes Natura 2000; Aufbau eines flächendeckenden Systems von Landschaftserhaltungsverbänden, die eine naturschutzorientierte Regionalentwicklung fördern und insbesondere die Umsetzung der Managementpläne für Natura 2000- Gebiete durch Beratung von Land- und Forstwirten und Organisation der Landschaftspflege sichern;</p>



CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

<b>Umwelt und Energie (Forts.)</b>				<p>Naturschutz: flächendeckende Einrichtung von Landschaftspflegeverbänden; Beschleunigung der Umsetzung von Natura 2000; Ausweisung weiterer Schutzgebiete; Ausdehnung des Biotopschutzes auf die Streuobstwiesen und artenreichen Mähwiesen; zeitnahe Herstellung des im Bundesnaturschutzgesetz verankerten Biotopverbundes;</p> <p>Ermöglichung einer natürlichen Entwicklung auf mindestens 10 % der öffentlichen Waldflächen; Stärkung des Artenschutzprogramms des Landes;</p> <p>Ausbau und Intensivierung der Forschung im Bereich Biodiversität, Ausbau der Umweltbildung; Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen amtlichem und ehrenamtliche Naturschutz;</p> <p>Tierschutz: Einführung eines Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzverbände; Beendigung jeder Art von quälenderischer Haltung; höhere Standards und durchgehende Kontrollen bei Schlachttieren und bei der Schlachtung;</p> <p>Heimtiergesetz, das die Einführung verbindlicher Mindestanforderungen an Haltung, Zucht und Handel regelt;</p> <p>Abschaffung von Tierversuchen und Einsatz alternativer Methoden;</p>	
------------------------------------	--	--	--	--	--

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Umwelt und Energie (FortS.)</b>	<p>Energie: langfristiger Umstieg in eine komplett CO<sub>2</sub>-neutrale Energieerzeugung; bis 2020 Absenkung der energiebedingten CO<sub>2</sub> Emissionen um über 30 % gegenüber 1990; bis zum Jahr 2050 Senkung um 80 %; Kernenergie als verlässliche, kostengünstige und klimafreundliche Brückentechnologie; Ablehnung einer Kompensation der Kernenergie durch fossile Energieträger; Erhalt einer eigenständigen Energieversorgungsstruktur mit eigener Energieerzeugung im Land; Sicherstellung einer sicheren Energieversorgung für Unternehmen und Haushalte zu bezahlbaren Preisen; Erreichen von ambitionierten Klimaschutzzielen; Senkung des Energieverbrauchs und Steigerung der Energieproduktivität; Steigerung des Anteils der Kraft-Wärme-Kopplung bis 2020 auf mindestens 20 %; Auflegen eines Energieeffizienzfonds für die Modernisierung älterer Wohngebäude; Ausbau der erneuerbaren Energien; Gewinnung von Akzeptanz durch frühzeitige Einbindung und Dialog mit den Betroffenen; zügiger Ausbau der Energieinfrastruktur; Unterstützung von Investitionen in intelligente Stromnetze, die dezentrale, regenerative Energieerzeugungsanlagen und -speicher miteinander verbinden;</p>	<p>Energie: bis 2020 etwa 40 % an der gesamten Bruttostromproduktion; 2050 gesamte produzierte Strommenge aus erneuerbaren Energien; Verzehnfachung des Anteils der Windkraft an Stromproduktion; weiterer Ausbau der Photovoltaik; verlässlichere und effizientere Gestaltung der Förderung von energetischen Maßnahmen für Wohngebäude; Umrüstung des gesamten ÖPNV auf die Nutzung alternativer Energieträger bis 2050; Ausbau der kommunalen Nahwärmenetze, deutliche Erhöhung des Anteils der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung bis 2020; „Energieoffensive Ländlicher Raum“: Gewinnung von Energierohstoffen und dezentrale Energiegewinnung aus Biomasse, Wind und Sonne; Aktivere Beteiligung an Entwicklung und Einführung der Tiefengeothermie; Investitionen in neue Hochspannungsleitungen; Entwicklung von Speichermedien im Dialog mit der betroffenen Bevölkerung; Förderung der Forschung für Energiespeichertechnologien; Festhalten am Atomausstieg, Abschaltung aller AKW bis 2022, Ersetzung durch erneuerbare Energien; schnellstens Abschaltung aller älteren AKW;</p>	<p><u>Energie</u>: Sicherung einer möglichst sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Wärme und Gas; Unterstützung von Forschung und Entwicklung im Bereich regenerative Energien als Schwerpunkt; Schaffung der Grundlagen für langfristigen Übergang zu neuen Energieversorgungsstrukturen; zugleich Stärkung des Wirtschaftsstandortes und Erschließung neuer Exportmärkte; stärkere Vernetzung von Forschung, Industrie und Mittelstand; Verbesserung von Wettbewerb und Transparenz auf den Strom- und Gasmärkten; bis zum Jahr 2020 mindestens 20 % des Stroms, 16 % der Wärme und 13 % der Primärenergie aus erneuerbaren Energiequellen; Erhöhung der Primärenergieproduktivität um 2 % pro Jahr, Senkung des Primärenergieverbrauchs; Beibehaltung des positiven Trends beim Ausbau der erneuerbaren Energien; Anstreben langfristig einer wirtschaftlichen und umweltfreundlichen Energieversorgung weitgehend mit erneuerbaren Energieträgern; bis dahin ausgewogener Energiemix aus fossilen Energieträgern, Kernkraft und erneuerbaren Energien;</p>	<p>Energiewende und Festhalten am Atomausstiegsfahrplan; Abschaltung von Neckarwestheim I sofort und von Philippsburg I spätestens 2012; Neue Endlagersuche in Deutschland, auch in anderen geologischen Formationen, Stärkung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz, zügige Beseitigung der Restriktionen, die den Ausbau der Windenergie behindern, Änderung des Landesplanungsgesetzes; Ausbau der Netzinfrastruktur; flexiblere und intelligentere Gestaltung der Stromnetze; gezielte Verstärkung der Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet neuer Speichertechnologien; Vortreiben des Ausbaus von Biomasseanlagen und Wasserkraftwerken; Realisierung von Bioenergiegedörfen, Ausbau von mit regenerativen Energien gespeisten Nahwärmenetzen; Ausbau von Anlagen zur energetischen Verwertung von Bio- und Grünabfällen; Umstellung der Energieerzeugung auf 100 % erneuerbare Energien; dezentraler, wohnortnaher Ausbau der Energieerzeugung; konsequente energetische Sanierung des privaten wie des öffentlichen Gebäudebestandes; Steigerung der Sanierungsquote im Land auf 3-4 % im Jahr; umfassende Weiterentwicklung →</p>	<p>Umstellung der heutigen Stromversorgung mit großen zentralen Kohle- und Atomkraftwerken auf ein enges Netz koordinierter, dezentraler Energieerzeugung; Umstellung der gesamten Stromerzeugung bis zum Jahr 2035 auf erneuerbare Energien; Ausbau erneuerbarer Energien wie Windkraft, Photovoltaik und Biomasse; bis 2020 müssen 40 % des Strombedarfs über erneuerbare Energien gedeckt werden; Ausbau der Forschung, verlässliche und ausreichende finanzielle Förderung; naturverträgliche und effiziente Produktion der erneuerbaren Energien; verstärkte Verwendung von Abfall- und Reststoffen sowie Landschaftspflegematerial zur Biogasproduktion; deutliche Erhöhung der Zahl der Windkraftanlagen, Ertüchtigung bestehender Windkraftanlagen; bis 2020 25 % -Anteil von Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung; Steigerung der Energieeffizienz in allen Sektoren, Anreize zur Senkung des Energieverbrauchs bis 2020 um 20 %; mehr Fördermittel für energieeffiziente Gebäudesanierung; Einbeziehung weiterer Gebäudearten in die Fördermittelvergabe; zügiger Austausch von Nachtspeicherheizungen;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Umwelt und Energie (Forts.)</b>	<p>Schaffung einer modernen Gasversorgung;                      Verstärkung der Energieforschung; Schwerpunkt auf Speichertechnologien; Verstärkung der Vernetzung und des Austausches zwischen öffentlicher Forschung und Entwicklung mit den Initiativen der Wirtschaft;                      flächendeckender Ausbau der Energieagenturen;                      Weiterentwicklung des "Erneuerbarer- Wärme-Gesetz";</p>		<p>zeitlich begrenzte Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke; die aus der Laufzeitverlängerungen resultierenden zusätzlichen elektrischen Leistungen sollen primär die Klima belastenden fossilen Kraftwerke ersetzen;                      bis 2020 Verdoppelung des Anteils der Kraft-Wärme-Kopplung an der Stromerzeugung auf 20 %;                      weiterer Ausbau der dezentralen Strukturen der Energieerzeugung und -speicherung;                      verstärkte Förderung der Erforschung der Technologie zur Offshore- Energieerzeugung;                      weiterer Ausbau der Nutzung der Windkraft;                      weitere Verstärkung der Anstrengungen zur energetischen Sanierung und Modernisierung des Altbaubestandes in Abstimmung zwischen Bund und Ländern; Vorantreiben der energetischen Sanierung und eines Energie- und Wärmemanagements bei den Liegenschaften des Landes;                      bis 2020 Erhöhung der Zahl der Bio-Energiedörfer in Baden-Württemberg auf mindestens 100;</p>	<p>← des Erneuerbare- Wärme- Gesetzes;                      Ausbau der Kraft-Wärme- Kopplung, enge Zusammenarbeit mit den Stadtwerken und regionalen Energieversorgern; Auskopplung von Fernwärme und Ausbau von Fernwärmenetzen dürfen der schnellstmöglichen Abschaltung großer Kohlekraftwerke nicht im Wege stehen;                      Förderung des Wettbewerbs im Energiemarkt, Stärkung der Stadtwerke;</p>	<p>zurückgekaufte EnBW-Anteile müssen in Landesbesitz bleiben; sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie; keine neuen Kohlekraftwerke;                      Wiedereinführung der Strom- und Gaspreiskontrolle;                      konsequente Ablehnung der Abscheidung und Verpressung von CO2 in unterirdischen Anlagen;                      Ausweisung aller für Windkraftanlagen geeigneten Standorte in Baden-Württemberg unter Abwägung aller naturschutzrechtlichen Belange;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Mobilität</b>	<p>Mobilität gestalten statt verhindern; steigende Verkehrsbedürfnisse von Menschen und Unternehmen mit den Anforderungen an eine nachhaltige Ausrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft in Einklang bringen; Schaffung einer leistungsfähigen Infrastruktur, konsequente Nutzung und intelligente Verknüpfung der Verkehrsträger, Sicherstellung von Mobilität in allen Teilen des Landes und für alle Generationen, Reduzierung der Umweltbelastungen auf ein verträgliches Maß; Prüfung intelligenter Finanzierungsmöglichkeiten, intelligente Weiterentwicklung der Lkw-Maut; Weiterentwicklung der VIFG zu einer unabhängigen Gesellschaft zur Finanzierung der Straßeninfrastruktur; optimale Nutzung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur; weiterer Ausbau des integrierten Verkehrsmanagements; intelligente Verkehrssteuerung und besserer Auslastungen für den Güterverkehr; Region Stuttgart zum Muster Region für nachhaltige Mobilität machen;</p> <p><u>Straßenverkehr:</u> Bekenntnis zum Verkehrsträger Straße; zügiger Ausbau der Fernstraßen; Vergabe der Gelder durch den →</p>	<p>Für Mobilitätskonzepte, die die Verkehrsträger besser vernetzen; Nutzung der öffentlichen Beschaffung, um schadstoffarme Technologien zu fördern; Stärkung von Car-Sharing-Modellen vor Ort; Ablehnung einer Einführung einer Pkw-Maut oder City-Maut;</p> <p><u>Straßenverkehr:</u> Setzung von Prioritäten bei den anfallenden Straßeninvestitionen; Finanzierung in ausreichender Höhe; intelligente, integrierte Nutzung der Verkehrsinfrastruktur;</p>	<p>Ideologiefreie Verkehrspolitik, die sich ihrer Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt bewusst ist; verursachergerechte Zuweisung der externen Kosten an jeden Verkehrsträger; Finanzierung von Verkehrsinfrastruktur auf eine andere Grundlage stellen; Einführung einer Nutzerfinanzierung durch eine Pkw-Maut, die die konjunkturenfalliger Steuerfinanzierung weitestgehend ersetzt; Anstreben einer langfristig stabilen Finanzierung des öffentlichen Verkehrs; Einsatz der dem Land zufließenden Regionalisierungsmittel künftig vollständig und ausschließlich für Maßnahmen zur Förderung des ÖPNV; bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Gesetzes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden; Durchsetzung eines fairen Angebotswettbewerbs im ÖPNV im ländlichen Raum;</p> <p><u>Straßenverkehr:</u> Verankerung eines "Ausbau Südwest" durch den Bund in seinen Investitionsplanungen für die nächsten Jahre; Weiterentwicklung der VIFG zu einer Bundesfernstraßengesellschaft; Verbesserung des Angebots an Lkw-Parkplätzen an den Fernverkehrsstraßen; Steigerung der →</p>	<p>Klimaschonende Mobilität als Grundlage einer gelungenen Verkehrspolitik; flächendeckende Umsetzung von Konzepten zur Reduzierung von Feinstaub- und Lärmemissionen; Senkung der CO2-Emissionen bis 2020 um 40 %, bis 2050 um 95 %; Integrierte Verkehrsplanung, die auf Verkehrsvermeidung setzt; Verdoppelung der Anteile des umweltorientierten Verkehrs (Fußgängerverkehr, Radverkehr, Bus- und Schienenverkehr) bis 2020; radikale CO2-Reduktion im Straßenverkehr, unter anderem durch neue Antriebstechnologien (zum Beispiel E-Autos); Verzicht auf den Bau neuer Flughäfen und auf den Ausbau der Regionalflughäfen; Tempolimit von 120 km/h; Vorrang für Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV Nutzer; Fahrrad- und fußgängerfreundliche Verkehrsplanung, integrierte Radwegeplanung über Grenzen hinweg, einheitliche landesweite Radwegebeschilderung; Umsetzung der "Vision Zero", d.h. die Straße so sicher gestalten, dass es keine Verkehrstoten und Schwerverletzten mehr gibt;</p>	<p>Sofortige Einstellung des Projektes "Stuttgart 21", Priorität für die Realisierung des K 21-Projekts im Zusammenhang mit einer auch regional verkehrstauglichen Schnellbahnstrecke Ulm-Stuttgart und des Ausbaus der Rheinstalstrecke mit der dazu erforderlichen vierspurigen Tunnelstrecke; Ablehnung einer Privatisierung der Deutschen Bahn ebenso wie andere Verkehrsbetriebe in Baden-Württemberg; autofreie Modell-Stadtteile; Beseitigung von bürokratischen und bauordnungsrechtlichen Hindernissen für solche Vorhaben; Ausbau des Radwegenetzes, Vorrang für Fahrräder sowie für Fußgänger in den Städten;</p> <p>Emissionsobergrenzen für Neuwagen;</p>

**CDU**

**SPD**

**FDP**

**Grüne**

**Die Linke**

**Mobilität (Forts.)**

← Bund für Autobahnen und Bundesstraßen nach aktuellem Bedarf, aktuellem Verkehrsaufkommen und aktuellen demographischen Prognosen; dauerhafte Stärkung der Investitionen in die Erhaltung des Straßennetzes; Vorrang für Pflege und Erhaltung vor neuen Vorhaben; Förderung des kommunalen Straßenbaues auch in den nächsten Jahren, um zur Lösung der kommunalen Verkehrsprobleme beizutragen; Bau zahlreicher Ortsumgehungen, um Menschen aktiv vor Lärm und Verkehr zu schützen; Durchführung der wichtigsten großen Vorhaben im Fernstraßenbereich: Ausbau der Bundesautobahnen A5, A6 und A8, durchgängiger Neubau der A98;

Schieneverkehr: Ausbau der Eisenbahn im Land; Ausbau des Schienenpersonenfernverkehrs und des Güterverkehrs auf der Schiene; ökologisch intensiven Verkehr vom Flugzeug und von der Straße auf die Schiene bringen; Bahnprojekt Stuttgart-Ulm mit den Teilen Stuttgart 21 und Neubaustrecke Wendlingen-Ulm als zentrale Zukunftsprojekte;

Schieneverkehr: neue Investitionen in die Infrastruktur; alle wichtigen Schienenverkehrsachsen in Baden-Württemberg fit für die Zukunft machen; Ausbau der Strecke Mannheim-Frankfurt, Stuttgart 21, Umsetzung der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm; Neu- und Ausbau des dritten und vierten Gleises der Rheintalbahn; Baden 21; mindestens Halbstundentakt auf allen Hauptstrecken; Aus- und Neubau der Rheintalbahn zwischen Basel und Offenburg als Pilot Strecke ohne Berücksichtigung des Schienenbonus; durchgehende Elektrifizierung aller Strecken;

← Mittel für den Landesstraßenbau anhaltend auf ein höheres Niveau; Gestaltung und Steuerung von Verkehrswegen und Verkehrsgeschehen mit dem Ziel eines Rückgangs oder der Vermeidung von Unfällen und Behinderungen; Förderung von Projekten zur Verkehrserziehung wie Fußgängerführerschein für Kinder im Vorschulalter oder Ausbildung zum Fahrradführerschein  
Schaffung attraktiver Alternativenangebote für junge Menschen wie zum Beispiel Disco- und Nachtbusse;

Schieneverkehr: Realisierung der Neuordnung des Eisenbahnknotens Stuttgart durch Umgestaltung des alten Kopfbahnhofs in einen modernen Durchgangsbahnhof sowie Neubau der Schnellfahrstrecke zwischen Wendlingen und Ulm; dabei sorgfältige Prüfung der Empfehlungen des Schlichterspruchs; bei Notwendigkeit von Nachbesserungen Einsatz für eine Realisierung; Vorantreiben des menschen- und umweltgerechten Ausbaus der Rheintalbahn; zügiger Ausbau weiterer Zulaufstrecken zu den neuen alpenquerenden Schienenstrecken in der Schweiz; Schaffung verbesserter Nah- und Fernverkehrsverbindungen →

Ablehnung von "Stuttgart 21" und der Schnellfahrstrecke Wendlingen/Ulm in ihrer derzeitigen Planung; Volksabstimmung über die Beteiligung des Landes an "Stuttgart 21"; zügiger und menschengerechter Ausbau der Rheintalstrecke im Schienenverkehr; bessere Trassenführung, die den notwendigen Lärmschutz gewährleistet; leise Güterzüge; Beseitigung der Engpässe in der Metropolenregion Rhein-Neckar, zügige Finanzierung und Realisierung der umweltverträglichsten Variante;

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Mobilität (Forts.)</b>	<p>Bürger- und umweltfreundlicher Ausbau der Rheintalbahn; zügige Weiterführung der Planung zur Elektrifizierung der Hochrhein-Strecke; Elektrifizierungsinitiative zur Einbindung der wichtigen Regional- und Nebenstrecken in das elektrische Schienennetz;</p> <p><u>Flugverkehr:</u> gegen große neue Infrastrukturvorhaben; Sicherung und behutsamer weiterer Ausbau der bestehenden Kapazitäten; keine weitere Start- oder Landebahn am Landesflughafen Stuttgart;</p> <p><u>ÖPNV:</u> stetige Verbesserung der Qualität des ÖPNV; Barrierefreiheit, neue Vertriebssysteme (E-Ticketing) oder Echtzeitanzeigen in Fahrzeugen und an Haltestellen; Unterstützung von Verkehrsverbänden und verbundübergreifenden Lösungen vom Land;</p>	<p>Verbesserungen im Schienenpersonenverkehr; höhere Taktung, zusätzliche Wagen, Anschaffung von neuem Wagenmaterial, Festlegung verbindlicher Standards, ausreichende Zahl an Zugbegleitern;</p>	<p>nach Frankreich, Anschluss von Freiburg an das französische TGV-Netz; rasche Realisierung der Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim; Vorantreiben der Elektrifizierungsoffensive;</p> <p><u>Luftverkehr:</u> langfristig orientierte Luftverkehrspolitik, die sich am Gesamtbild der Verkehrsströme und auch an den Entwicklungen jenseits der Landesgrenzen orientiert; qualitatives Wachstum für den Landesflughafen Stuttgart, keine Notwendigkeit für eine zweite Start- und Landebahn; Ertüchtigung des Flughafens Karlsruhe/Baden-Baden im Rahmen eines landesweiten Luftverkehrskonzepts;</p> <p>Weiterentwicklung des <u>ÖPNV:</u> systematische Verbesserung und Stabilisierung von Pünktlichkeit, Sauberkeit und Sicherheit als Qualitätsmerkmale des ÖPNV; Vereinfachungen und transparente Gestaltung der Tarife im öffentlichen Verkehr auf allen Ebenen durch einheitliche Preissysteme und gemeinsame Angebote aller Anbieter; positive Begleitung von Zusammenschlüssen von Verkehrsverbindungen zu größeren Einheiten; noch stärkere Förderung grenzüberschreitender Verkehrskooperationen;</p>	<p><u>Luftverkehr:</u> Kein weiterer Ausbau bestehender Flughäfen und Landeplätze, weder Neubauten noch Umwidmungen; Ablehnung der Gewährung von Landes- und kommunalen Mitteln für die Flugverkehrsinfrastruktur;</p> <p>ÖPNV muss verlässliche Alternative zum Autoverkehr werden; Eisenbahn, Stadtbahn, Omnibus und Anruf Sammel Taxi sind so miteinander zu verknüpfen, dass jede Gemeinde von 5-24 Uhr mindestens stündlich angefahren wird; Ablehnung einer noch stärkeren Nutzerfinanzierung über weitere Preiserhöhungen; ÖPNV muss endlich Vorrang vor dem Individualverkehr erhalten; dichter und regelmäßiger Taktfahrplan und moderne und komfortable Fahrzeuge für den Schienen-nahverkehr; Erweiterungen des Bahnnetzes in der Fläche →</p>	<p>Luftverkehr: kein weiterer Ausbau von Flughäfen in Leistungsumfang und Fläche; Kerosinbesteuerung im Flugverkehr;</p> <p>Stärkung des ÖPNV durch attraktivere Preise, einen landesweiten integralen Taktfahrplan und umfassende räumliche Erschließung; öffentliche Investitionen in die Bahninfrastruktur, die den sozial-ökologischen Umbau des Landes fördern und dauerhaft Arbeitsplätze schaffen; sozial gestaffeltes Nahverkehrsticket in einem landesweiten barrierefreien Verkehrsverbund, mittelfristig Anstreben eines kostenlosen ÖPNV; ÖPNV-Finanzierungsgesetz auf Landesebene;</p>

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

Mobilität (Forts.)	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
	<p>Stärkung der Binnenschifffahrt als umweltfreundliche Alternative für den Güterverkehr; Einsetzen für Verlängerung der Neckarschleusen;</p> <p>Förderung von Elektro- und Hybridantrieben als Antriebsformen der Zukunft; schnellstmögliche Umstellung der Dienstwagenflotte des Landes auf Hybrid- und Elektrofahrzeuge;</p>	<p>Aufwertung der Rolle des Fahrrads als Verkehrsmittel im Alltag; Radwegenetz muss attraktiver und sicherer gemacht werden; flächendeckender Ausbau des Radwegenetzes; einheitliche und durchgängige Beschilderung; bessere Verknüpfung von Rad und ÖPNV; sinnvolle Mindeststandards für Radwege;</p>	<p>Intensivierung der Maßnahmen für barrierefreien Zugang und Nutzung des ÖPNV; Einrichtung neuer Formen des ÖPNV im ländlichen Raum im Hinblick auf die demographische Entwicklung und die knappen Finanzmittel; weitere Fortentwicklung von flexiblen Bedarfsverkehren und entsprechende Weiterentwicklung und Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen; Ausbau lokaler Bürgerverkehre;</p> <p><u>Güterverkehr:</u> Entlastung der Straßen durch vermehrte Nutzung von Schiff und Bahn; Weiterentwicklung des Netzes der Terminals für den bimodalen bzw trimodalen kombinierten Verkehr; engagiertes Vorantreiben des Ausbaus von Güterverteilerzentren in Randlagen für den Umschlag von Fernverkehr auf Verteilerfahrzeuge;</p> <p><u>Umweltgerechte und nachhaltige Mobilität:</u> Förderung der Bildung von Fahrgemeinschaften durch verstärkte Einrichtung von Zustei-ge-Parkanlagen und vorrangige Benutzung von Parkplätzen auf Werksgelände; Fortentwicklung der kombinierten Angebote von ÖPNV-Betrieben und Car-Sharing- Anbietern; Stärkung des Radverkehrs als ökologische und gesunde →</p>	<p>← Barrierefreiheit öffentlicher Wege und Verkehrsmittel; Verbesserung der Abstellmöglichkeiten für Räder, Ausweitung der Carsharing- Stellplätze; Bündelung der Finanzmittel des Landes für Straßenbahnen und Busse zunächst bei den kommunalen, mittelfristig beim regionalen Aufgabenträger; Investierung der Hälfte der Erträge aus neuen Finanzierungsinstrumenten für den Straßenverkehr in ÖPNV und SPNV; schrittweise Zurückführung der Zersplitterung in mehr als 20 Verkehrsverbünde; Verlagerung von mehr Güterverkehr auf die Schiene;</p>	

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke

<b>Mobilität (Forts.)</b>			<p>Alternative zum Autoverkehr, zunehmende Ausrichtung auf die Bedürfnisse von Berufspendlern; Verstärkung der Anreize für den Ersatz fossiler Kraftstoffe durch regenerative Energieträger im Verkehrsbereich, Verringerung der Abgas- und Lärmbelastung im Straßenverkehr durch Einsatz moderner Fahrzeug- und Informationstechnik; Fortentwicklung der Lkw-Maut zu einer schadstoff-, orts- und zeitabhängigen Maut, die auch die Feinstaubbelastung berücksichtigt; Förderung von Dieselfahrzeugen mit moderner Technologie und Schaffung von Anreizen zur Gewichtsreduktion bei neuen Pkw; Gleichbehandlung aller Verkehrsträger bei der Mineralölsteuer und der CO<sub>2</sub>-Reduktion;</p>	<p>←; Überdenken der Mobilitätskonzepte im ländlichen Raum; Vorrang des Unterhalts vorhandener Straßen vor Neubauten; größten Teil der Investitionszuschüsse nicht mehr projektbezogen ausgeben, sondern den Kommunen pauschal zur Verfügung stellen; Ausweitung der Lkw-Maut auf kleinere Transporter ab 3,5 t und das gesamte vierspurige Fernstraßennetz; Einführung einer City-Maut; Ablehnung der Einführung einer allgemeinen PKW-Maut oder Abschaffung der Kfz-Steuer aus sozialen und ökologischen Gründen;</p>	
---------------------------	--	--	---	---	--



	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Haushalt und Finanzen</b>	<p>Verringerung der Ausgaben; zur Stabilisierung der Staatsfinanzen nicht immer nur an der Einnahmenschraube drehen; Begrenzung von Steuern und Abgaben auf das notwendige Maß; Verwendung der Mehreinnahmen durch die stark wachsende Wirtschaft ausschließlich zur Absenkung der Neuverschuldung; Sparen und klare Prioritätensetzung in den kommenden Jahren, dabei auch die hohen Personalausgaben des Landes im Auge behalten; keine Beschneidungen zukunftsweisender Projekte; kein Sparen bei Bildung und Forschung; Einsparungen von Beamtenstellen in Ministerien und Regierungspräsidien; Ausnahme der wichtigen Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung, Polizei und Steuerverwaltung; Nutzung der demographischen Entwicklung zu weiteren Einsparungen bei Vermeidung gleichzeitiger finanzieller Einbußen bei den Beamtinnen und Beamten; Orientierung aller Maßnahmen am Ziel der Nullverschuldung; Schuldenbremse; Änderungsnotwendigkeiten am Länderfinanzausgleich; Ablehnung eines bedingungslosen Länderfinanzausgleichs, der bei den Nehmerländern völlig falsche Anreize setzt;</p>	<p>Senkung der Verschuldung der öffentlichen Haushalte, mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur; Konsolidierung des Haushalts kann nicht allein durch Ausgabenkürzungen gelingen; notwendig höhere und verlässliche Steuereinnahmen; Verwirklichung von Steuergerechtigkeit; Einführung einer Vermögensteuer auf große Privatvermögen, deren Aufkommen den Ländern zugute kommt; Festlegung der Hebesätze durch die Länder; Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Erbschaftssteuer; Erhöhung des Spitzensteuersatzes, ab einem deutlich höheren zu versteuernden Einkommen als bisher; Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei der Einkommenssteuer, Schließung weiterer Steuerlückfelder; Schaffung von Gerechtigkeit bei der Besteuerung der Unternehmen, Eingrenzung der Gestaltungsmöglichkeiten bei der Körperschaftsteuer, Entlastung von Normal- und geringverdienenden, Facharbeitern sowie ihrer Familien im Rahmen einer umfassenden Steuer- und Abgabenreform; Einführung einer Finanztransaktionssteuer; stärkere Regulierung der Finanzmärkte, Erhöhung der Eigenkapitalquote von Banken, →</p>	<p>Möglichst rasch, spätestens mit Haushalt 2014/2015 Erreichung des Ziels, die Haushalte des Landes ohne Neuverschuldung ausgleichen zu können; Verankerung der im Grundgesetz niedergelegten Vorschriften zur Begrenzung der Verschuldung der öffentlichen Hände (Schuldenbremse) in der Landesverfassung; Übergang zu einem neuen, kaufmännischen Methoden folgenden Haushalts- und Rechnungswesen; Erstellung einer Generationenbilanz zur Beurteilung der langfristigen Tragfähigkeit des Landeshaushalts durch externe Gutachter in regelmäßigem Abstand; tief greifende Aufgabenkritik, die sich nicht auf den Abbau klassischer Subventionen beschränken darf; dauerhafte Begrenzung des Anteils der Personalkosten am Landeshaushalt; außerhalb der Schwerpunktbereiche muss gelten, dass jährlich im Wege der Fluktuation etwa ein Prozent der Stellen nicht wieder besetzt werden; Fortsetzung des Kurses der Privatisierung von Landesbeteiligungen an Unternehmen und anderen Landesvermögen; Einsetzen der Erlöse wo immer möglich unmittelbar zur Verringerung der Verschuldung und im übrigen zur Schaffung von Stiftungskapital;</p>	<p>Schaffung vorsorglicher Spielräume durch nachhaltige Haushaltspolitik; Schuldenabbau und Schuldenbremse; Einsparung von mittelfristig 1 Mrd € im Haushalt; Anpassung der Rahmenbedingungen für Beamtenpensionen an die Rahmenbedingungen der gesetzlichen Rentenversicherung, Staffelung der jährlichen Anhebung der Pensionen nach Laufbahnen; konsequente Prüfung, inwieweit bisherige Aufgaben und Ausgaben des Landes abgebaut werden können und ob auf eine Verwaltungsebene verzichtet werden kann, um Ausgaben zu begrenzen; Verwaltungsaufbau einer umfassenden Aufgabenkritik unterziehen; Auflösung der Rücklage für "Stuttgart 21" und Verwendung zur Schuldentilgung; sinnvolle Einsetzung der Mittel für "Bildung für die Bildung", durch rückläufige Schülerzahlen freiwerdenden Mittel sollen weiterhin für Bildung und Betreuung herangezogen werden; Aufstockung der Mittel für Steuerprüfung; Steuersenkungen bis auf weiteres nicht diskutabel; Prüfung weiterer Einnahmequellen für die Kommunen, zum Beispiel Kultur Förderabgabe für Übernachtungen, Nahverkehrsabgabe, höhere Vergnügungssteuerfürsten wie Spielhallen; Bekämpfung von Steuerbetrug →</p>	<p>Finanzierung von Zukunftsinvestitionen und Zukunftsfonds:: Einführung einer Millionärssteuer auf hohe Vermögen; wenn das Vermögen 1.Mio € übersteigt, soll es mit 5 % besteuert werden; höhere Steuern auf große Erbschaften, Schuldenbremse wieder aus dem Grundgesetz herausnehmen; Zinsen müssen wieder nach den Einkommensteuersätzen besteuert werden; Körperschaftsteuer ist auf den Stand vor 1998 anzupassen; Spitzensteuersatz ist auf dem Stand vor 1998 anzupassen; Einführung einer Finanztransaktionssteuer;</p>

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke
<b>Haushalt und Finanzen (Forts.)</b>	<p>Stärkung der Eigenständigkeit der Kommunen auch in finanziellen Fragen; Sicherung der Spitzenposition im Bundesvergleich; Ablehnung einer Sanierung des Landeshaushalts auf Kosten der Kommunen; gegen immer neue Aufgabenübertragungen des Bundes und der Europäischen Union auf die kommunale Ebene - wo dies geschieht, muss es einen finanziellen Ausgleich geben;</p> <p>"Pakt für Chancengleichheit" mit den Kommunen, in dem die Finanzbeziehungen im Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden für die gesamte nächste Legislaturperiode geregelt werden;</p> <p>Verstetigung der Einnahmen der Städte und Gemeinden; Unterstützung für eine Reform der Gemeindefinanzen auf Bundesebene, sofern sie diesem Ziel Rechnung trägt;</p>	<p>mehr Eigenverantwortung der Vorstände und Manager, Ausrichtung ihrer Vergütung am langfristigen Unternehmenserfolg, Regulierung von Rating-Agenturen; mehr Steuergerechtigkeit; Steuerkriminalität bekämpfen, mehr Personal insbesondere bei den Betriebsprüfern und Steuerfahndern; Ablehnung einer Privatisierung der verbleibenden großen Beteiligungen des Landes; Offenlegung der Managergehälter bei Landesunternehmen; Reduzierung der Anzahl der Landesbanken auf das notwendige Minimum, Ausrichtung ihrer Geschäftsmodelle wieder auf die Kernbereiche ihres öffentlichen Auftrags, etwa in der Staats- und Kommunalfinanzierung sowie in der Mittelstandsorientierung; Ablehnung der Abschaffung der Gewerbesteuer, stattdessen Ausbau zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer unter Einbeziehung der Freiberufler;</p> <p>Rückgängigmachung der Kürzungen des Bund-Länder-Programms "soziale Stadt entspricht Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf"</p> <p>Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs;</p>	<p>Kommunalfinanzen: Kommunen in die Lage versetzen, ihre Aufgaben aus eigener Kraft mit einer hinreichenden eigenen Finanzkraft zu bewältigen;</p> <p>Umsetzung einer aufkommensneutral ausgestalteten großen Gemeindefinanzreform, die die Gewerbesteuer und den bisherigen kommunalen Anteil am Aufkommen der Einkommensteuer abschafft, stattdessen Gewährung eines höheren Anteils an der Umsatzsteuer und ein eigenes Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer;</p> <p>Sicherstellung der Mitfinanzierung des Landes beim Ausbau der Kleinkindbetreuung auch dann, wenn sich zeigen sollte, dass ein Angebot für durchschnittlich 34 % der Kinder im Alter von unter drei Jahren den Bedarf nach 2013 nicht hinreichend abdeckt;</p> <p>Schaffung eines zuverlässigen Mechanismus im Verhältnis des Bundes zu den Kommunen ähnlich dem in der Landesverfassung verankerten Konnexitätsprinzip;</p> <p>Gewährleistung einer fairen Partnerschaft in den Finanzbeziehungen von Land und Kommunen, Abschluss eines zeitlich befristeten Paktes mit den Kommunen zum Umgang mit den Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und zur Sanierung der öffentlichen Haushalte;</p>	<p>← und Steuerhinterziehung; effizientere Steuerverwaltung, die Steuerpflichten konsequent durchsetzt, Steuerhinterziehung engagiert bekämpft und Umsatzsteuerbetrug verfolgen kann; stärkere Kontrolle von Landesbeteiligungen und- unternehmen;</p> <p><u>Kommunalfinanzen:</u> aufgabengerechte und verlässliche Finanzausstattung für die Kommunen; gesetzliche Festschreibung einer Mindestfinanzausstattung der Kommunen, gesetzliche Präzisierung eines Ausgleichs für Mehrbelastungen bei zusätzlichem Aufgabenübertragungen; Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer; Übertragung von Aufgaben vom Land auf die Kommunen darf nur mit entsprechender Mittelausstattung erfolgen; Anpassung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich, angemessener Kostenausgleich der Kommunen für die Kindergartenförderung, für die Förderung der Kleinkindbetreuung und für die seit Einführung der Werkrealschule teurer gewordene Schülerbeförderung;</p> <p>stärkere Beteiligung des Landes an der Finanzierung der Schulsozialarbeit, der zusätzlichen Stellen für Schulpsychologen und der Sprachförderungs- sowie Ganztagsangebote;</p>	<p>Kommunalfinanzen: Stärkung der Kommunen durch eine bessere Finanzausstattung; Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer konjunkturunabhängigen Gemeinwohlssteuer; Ablehnung der geplanten Abschaffung der Gewerbesteuer, um die Steuerausfälle dadurch eine höhere Umsatzsteuer zu ersetzen; Beibehaltung der Umsatzsteuerbefreiung kommunaler Ver- und Entsorgungsbetriebe;</p>

# Wahlprogramme der Parteien in Baden-Württemberg 2011

51

CDU

SPD

FDP

Grüne

Die Linke